

# mo #17

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE



## GAST-KOMMENTAR:

Sandra Frauenberger über  
den Wert von NGOs



Magazin für Menschenrechte 1/2010, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.momagazin.at

## EIN LAND AUF KURS

Fremd sein in Österreich

## TRADITIONALISMUS

Der Sieg einer Haltung

## VÖLKISCH REDEN

Der neue Konsens?

ZURÜCK IN DIE HEILE WELT?

# FRÜHER WAR'S BESSER

# Hirnnahrung



Ihr Wissen wächst. Ihre Ideen gedeihen.  
Der Grund: Journalismus, der sich kein Blatt  
vor den Mund nimmt.



3 Wochen gratis lesen: [derStandard.at/Abo](http://derStandard.at/Abo) oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leserinnen



Lebkuchenherz-Gesellschaft: Durch „Ausländer-rausschmeissen“ zurück in eine „homogene“ Gesellschaft, die es nie gab.  
Bild: Karin Wasner

## Liebe Leserin Lieber Leser

Während die Politik das Spiel fortsetzt, Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko und kulturelle Bedrohung Österreichs hochzuschaukeln, und die SPÖ vor den Burgenland-Wahlen mit ihrem Anti-Auffanglagerreflex die Wahlschäfchen ins Trockene bringen will, rechnet Philipp Sonderegger in der Rubrik Handlungsbedarf vor, dass lediglich zwölf Personen auf nur eine Betreuungsstelle kämen, würden Massenlager wie Traiskirchen geschlossen und statt dessen in jedem Bezirk Österreichs Betreuungsstellen eingerichtet. Zwölf Asylsuchende pro Bezirk wären, so nebenbei, ideal für das Credo der „Integration“. Vielleicht wird diese politisch aber gar nicht so gewünscht, wie Christa Zöchlings zeitgeschichtliche Betrachtung zeigt. Schon kurz nach der Ungarnkrise hatte das hilfsbereite Österreich genug von den „Parasiten“, wie Medien damals titelten. Zöchling zeigt auf, wie die österreichische Politik schon seit der Monarchie vor hundert Jahren zwischen Deutschtümelei und Fremdenhass irrlichtert. Diese Entwicklung erfuhr jüngst eine Beschleunigung. Wurde die Haider-FPÖ für ihre „Überfremdungs“-Rhetorik noch scharf kritisiert, dürfte der rechte Kurs von damals sich heute zur politischen Mitte geformt haben. Diesen Schluss zieht Andreas Peham, der bei den beiden Großparteien einen neuen rechten Konsensdiskurs erkennt.

Aus Menschen, die insbesondere mit Angst und xenophoben Mustern auf sozialen Wandel reagieren, hat der Zürcher Soziologe in einer interessanten Studie die Gruppe der „Traditionalisten“ herausgefiltert. Cathren Müller klärt im Gespräch mit Stolz, wer sie sind und wie sich über Traditionalismus nationale Gemeinschaft bilden lässt. Rückwärtsgewandte politische und soziale Muster erleben also eine neue Konjunktur, in der rechtskonservative PolitikerInnen mit der Heilsversprechung der „homogenen“ Gesellschaft (die es freilich nie gab) kräftig punkten. Das hat uns, Sorry, auch zum ironischen Titel dieses Dossiers verleitet: „Früher war's besser“.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgesell

# INHALTSVERZEICHNIS

## IMPRESSUM

**MO REDAKTION:** c/o SOS  
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070  
Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00 - 9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur;  
gun), Magdalena Blaszczyk (Bilder),  
Petja Dimitrova (Illustrationen),  
Philipp Sonderegger (pfs), Paul Sturm  
(Bilder), Karin

Wasner (Bilder), Sabine Zhang

### AUTOR\_INNEN DIESER AUSGABE:

Andreas Bachmann, Sandra Frauenberger, Andreas Görg, Mark Hammer, Stefan Kluger, Cathren Müller (cat), Andreas Peham, Martin Schenk, Maria Sterkl, Christian Tordy, Nina Witjes, Christa Zöchling.

**PROJEKTLEITUNG:** Sabine Zhang

**COVERBILD:** Karin Wasner

**LEKTORAT:** Thomas Just

### PRODUKTION:

Andreas Ungerböck, Mitko Javritchev,  
factory 29 ltd., Mariahilferstr. 76/3/31,  
1070 Wien, T +43 1 920 20 08-0,  
mail@faq-magazine.com

**GRAFIK:** factory 29,

Monika Nutz

**DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne  
GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

**ANZEIGEN:** Irene Holloway,  
irene.holloway@sosmitmensch.at  
T +43 1 524 99 00 - 17,

**ABOS:** Sabine Zhang,  
abo@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00 - 66

### VERTRIEB:

Die Presse (20.000 Stück),  
Straßenkolportage

**AUFLAGE:** 30.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00 - 9,  
office@sosmitmensch.at  
http://www.sosmitmensch.at,  
ZVR: 22747570

**SPENDEN:** PSK 60000

Kto 91.000.590

**OFFENLEGUNG:** MO ist das  
Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für  
Menschenrechte, Demokratie und  
Migration. Der Nachdruck der Beiträge  
ist bei Nennung der Quelle und Über-  
sendung von Belegexemplaren aus-  
drücklich erwünscht, wenn das Copy-  
right nicht ausgewiesen ist. Die Rechte  
der Fotografien liegen bei den Urheber-  
Innen. Falls kein/e UrheberIn ausge-  
wiesen ist: SOS Mitmensch.



Bild: Paul Sturm

## 10 WIDER DAS FREMDE

In der Monarchie mussten Zuwandernde aus den Kronländern einen Eid auf den „deutschen Charakter“ der Stadt Wien schwören. Und heute?



Bild: Universität de Lausanne

## 16 VERÄNDERUNGS-STRESS

In der Schweiz gibt es nur vier Minarette. Dennoch stimmte man für ein Bauverbot. Der Zürcher Soziologe sieht das als Sieg einer besonderen Gesellschaftsgruppe: der Traditionalisten.

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 4 INHALTSVERZEICHNIS

### 6 REAKTIONEN

### 8 HANDLUNGSBEDARF

Politik: Sich suhlen in Eberau.

### 9 HANDLUNGSBEDARF

Vom Süden lernen mit Blickkontakt.

## Dossier

### 10 VERDRÄNGTE ERINNERUNGEN

Die Abwehr des Fremden hat in Österreich lange Tradition. Heute scheint sie politischer Konsens.

Text: Christa Zöchling

### 14 WER SCHIMPFT, WIRD AKZEPTIERT

Wer in das wohlige „Wir“ der Guten und Gerechten kommen will, muss sich erst beweisen.

Kommentar: Andreas Görg

### 16 DER SIEG DER TRADITIONALISTEN

Der Soziologe Jörg Stolz über die Hintergründe des Schweizer Minarettverbots-Votums.

Interview: Cathren Müller

### 20 WIEDERGEURT EINES BEGRIFFS

Die Haider-FPÖ wurde für den Spruch von der „Überfremdung“ noch geächtet. Heute ist er in vieler Munde.

Text: Andreas Peham

### 28 POSTER

künstlerische Intervention: Okenna Okafor





Bild: Magdalena Blaszcuk

## 28 DER LETZTE TERROR

Die Wissenschaftler Emmanuel Todd und Youssef Courbage orten im islamischen Fundamentalismus das letzte Aufzucken von Gesellschaften, die unweigerlich den Weg der Moderne beschreiten.

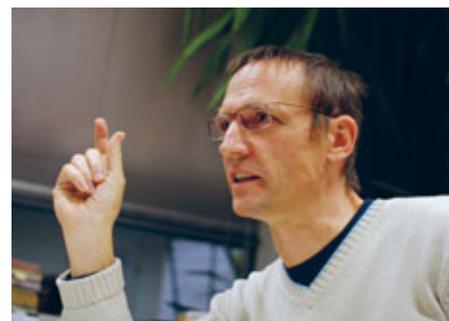


Bild: Karin Wasner

## 32 NEUE PARTNERSCHAFT

Die ÖsterreicherInnen sind stolz auf ihre Sozialpartnerschaft. Warum richten sie dann nicht ein Modell der Migrationspartnerschaft ein, fragt Experte August Gächter.

## Welt

### 27 WELT-NEWS

Haft für Lebensretter.

### 28 DIE ANGST DER FUNDAMENTALISTEN

Der Islam verliert in muslimischen Gesellschaften unweigerlich an Einfluss. Das Buch „Die unaufhaltsame Revolution“ vertritt eine These wider übliche Rezeptionen.

Text: Maria Sterkl

### 32 DAS BOOT WAR SCHON 1918 VOLL

Der Migrationsforscher August Gächter sieht die sozialen Veränderungen keinesfalls als neu an, sondern primär als Organisationsfrage.

Interview: Mark Hammer

## Rubriken

### 37 NGO-NEWS

Das Geheimnis der Studi-Proteste

### 38 NEUES VON DER BOCK

Mord auf Etappen; Traiskirchen ganz cool.

Text: Andreas Bachmann

### 39 POPULÄRKULTUR

Neue Filme über Frau Bock und Heiraten auf Zeit im Iran.

2x5 Dinge von Karin Wasner

### 41 POPULÄR GESEHEN

Wann kommt die Wohnbürgerschaft?

Kolumne von Martin Schenk

### 43 SPOTLIGHT

Pfarrer Friedl - auch ein „Mensch des Jahres“.

Text: Nina Witjes

### 45 SOS MITMENSCH

Was wurde aus Elias Bierdel? Er erhielt den Ute-Bock-Preis.

### 46 ANDERE ÜBER...

Integrationsstadträtin Sandra Frauenberger über das Verhältnis von Politik und NGOs.



**Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?**

Schreiben Sie an [redaktion@momagazin.at](mailto:redaktion@momagazin.at). Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Bild: Karin Wasner

**Sozialer Aufstieg  
Interview mit Michael Hartmann**

Liebe MO-Redaktion, das Interview mit dem Elitenforscher Michael Hartmann hat eine brisante Pointe. Behauptet Hartmann tatsächlich, dass höhere Bildung nicht zu sozialem Aufstieg ver helfe. Dank der gläsernen Decke bleibt in der Gesellschaft anteillos, wer nicht zu wirtschaftlichen oder (partei-) politischen Eliten, zur Upperclass oder zum gehobenen (akademischen) Bildungsbürgertum gehört. Bildung ist laut Hartmann einfach überschätzt und scheint als politisches Universalschlagwort seine reale Wirkung zu verfehlen. Würde man nicht wissen, wer der Soziologe Hartmann ist, könnte man mei-

nen, es mit einem besonderen Zyniker zu tun zu haben. Tatsächlich sollte die Analyse die Politik zum Nachdenken anregen, ob in Österreich tatsächlich noch jedem/jeder alle Optionen offen stehen. Deshalb: Gratulation, dass hier einmal ein wohlfeil überliefertes Dogma durchbrochen wurde, nach dem jeder Mensch nur individuellen Willen und Leistung einbringen müsse. So deutlich hat die Chancenlosigkeit vieler Menschen noch niemand ausgesprochen!  
*LG, Gernot Reichert, Wien, per Email*

**Sozialer Aufstieg 2  
Interview mit Michael Hartmann**

Freunde, ich weiß nicht, welche Intention Herr Hartmann verfolgt, Paro-

len der Mutlosigkeit auszugeben. Tatsache ist, dass in Österreich genügend so genannte soziale Aufstiege in der Nachkriegszeit erfolgten. Das heißt: Familienväter und -mütter, deren Bildungsniveau deutlich unter ihrem später erreichten Lohnniveau lag, die also von den Entwicklungsmöglichkeiten in eine neue Mittelschicht dieses Landes profitierten. Ich denke, das gilt für Deutschland nicht anders. Erinert sei an Bundespräsident Klestil, der Sohn eines Straßenbahners war; oder an Vizekanzler Molterer, dem Sohn von Bauern. Die Rede von der Elite, die das Land regiert wie im Feudalismus die Aristokratie entspricht nicht unseren Realitäten.  
*Hans Lemberger, Wien, per Email*

MO

**Wem gehört Österreich?**

Schnitzzelland ist angebrannt, möchte man zu eurem Cover rufen! Ich kannte MO zuvor nicht, hatte es bei einem Straßenkäufer einfach mal so gekauft. Guter Perspektivenwechsel auf ein medial wiederkehrendes Thema, schönes Heft!

*Evelyn Herbert, per Email*

**Soziale Hängematte  
Banken verpflichten**

Die Prognose der Autoren, dass die Banken sich am schnellsten wieder von ihren Verlusten erholen und am schnellsten wieder Gewinne einfahren werden, hat sich bestätigt. Die vier größten Banken der USA haben sich bereits Anfang Dezember wieder als satte Gewinner des staatlichen Stützungskurses präsentiert, und sämtliche Kredite zurückbezahlen können. Anzunehmen, dass das gleiche auch für die größten Bankhäuser Österreichs gilt. Dass privaten Schuldner eine derartige Entschuldungshilfe durch den Staat nicht möglich ist, und dass des weiteren die sanierten Banken klein- und mittelständischen Unternehmen mit Hinweis auf die Finanzkrise oft keine Kredite geben, ist dabei eine bittere Note. Vielleicht sollten sich die Regierungen nicht allein über Boni-Zahlungen und moralische Verwerflichkeit abgehobener Managergehälter verbreitern, sondern die großen Bankhäuser verpflichten, die reale Wirtschaft und ihre vielen kleineren Unternehmen besteht – verpflichtend mit Darlehen zu stützen, wenn das die Wirtschaftslage verlangt. Es wurde ihnen selbst ja auch geholfen. Mit freundlichen Grüßen,  
*Günther Knapp, Wien, per Email*



© iStockphoto

## Ein Kontinent – viele Gesichter

Im Sommer 2010 findet eine Premiere statt: Erstmals wird die Fußball-Weltmeisterschaft in einem afrikanischen Land ausgetragen, nämlich in Südafrika. Etwa 1,5 Milliarden Menschen werden die Spiele verfolgen und dabei neue Seiten Afrikas kennenlernen.

Um positive, überraschende und differenzierte Bilder unseres Nachbarkontinents geht es auch bei der Initiative Ke Nako Afrika – Afrika jetzt! Unter diesem Motto werden in den nächsten Monaten österreichweit zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen von Bildungs-, Kultur- und zivilgesellschaftlichen Organisationen stattfinden.

Die Bandbreite reicht von Aktionen für Schulen über Diskurse und Dialogangebote bis hin zu Medienprojekten, Filmen, Musikprogrammen, künstlerischen Interventionen im öffentlichen Raum sowie Aktivitäten rund um Sport und Fußball.

**Afrika hat viele Gesichter –  
lassen auch Sie sich überraschen!**  
[www.kenako.at](http://www.kenako.at)



Koordiniert vom vdc und der Afrika Vernetzungsplattform in Zusammenarbeit mit der Austrian Development Agency. Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit.

## Kontakt SOS Mitmensch

Kontakt. Das Programm für Kunst  
und Zivilgesellschaft der Erste Bank

[www.kontakt.erstegroup.com](http://www.kontakt.erstegroup.com)

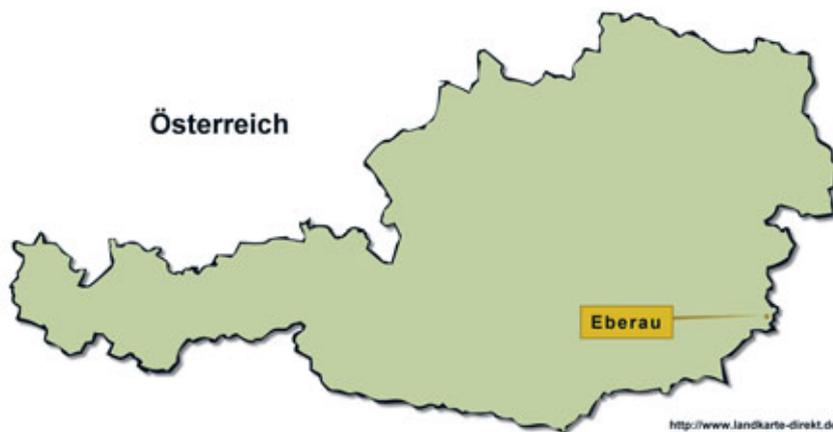
**MENSCHENRECHTE**

**ERSTE**   
BANK

## FLÜCHTLINGE

### Suhlen in Eberau

Kleinere Einheiten bei der Unterbringung würden Asylsuchenden gut tun und die aufgewiegelte Volksseele besänftigen. Doch Innenministerin Maria Fekter und die Bundesregierung setzen auf Isolation in Massenlagern.



Grafik: Karin Wasner, Bild: BWI

Faymann sieht Eberau nicht im Süden; Fekter will Asylsuchende isolieren.

Wer sich mit den Schweinen im Dreck suhlt, braucht sich über gerümpfte Nasen nicht zu wundern. Seit Jahr und Tag vermag die Staatsspitze in Asylsuchenden nichts anderes zu erkennen als ein „Sicherheitsproblem“, „eine Belastung“, die es „einzudämmen“ gilt. ÖVP und SPÖ wollen den rollenden Angriffen von FPÖ und BZÖ den Wind mit „entschiedenem Vorgehen gegen Asylmissbrauch und Kriminaltourismus“ aus den Segeln nehmen. Jetzt, da sich die Bevölkerung von Eberau dagegen wehrt, ein Asyl-Massenlager untergejubelt zu bekommen, gibt sich Innenministerin Maria Fekter bass erstaunt. Forsch fordert sie für ihren Crash-Kurs Solidarität von Caritas & Co ein – von jenen Hilfsorganisationen, die sie gerade erst aus der Schubhaftbetreuung gedrängt hat. Der bauernschlaue SP-Kanzler Werner Faymann zankt derweil – vor den Wahlen im März auf burgenländische Stimmen bedacht – eher kindisch, ob Eberau im Süden oder Osten des Landes liegt.

Schlimmer noch: Mit sicherem Griff haben die InnenministerInnen der vergangenen Jahre dafür gesorgt, dass das Asylwesen eine gute Angriffsfläche für die extreme Rechte bleibt: überlastete Asylbehörden und in der Folge exzessiv lange Verfahren, unzureichende Grundversorgung von Flüchtlingen mit Konsequenzen wie Obdachlosigkeit und Verelendung, sowie ein überbelegtes Massenlager in Traiskirchen, in dem Menschen zu Hunderten eingepfercht wurden wie Vieh. Es ist keine fünf Jahre her, dass es in Traiskirchen zu Massenschlägereien kam, weil das Lager mit 1500 Personen um das Doppelte überbelegt war.

Dabei läge die Lösung längst am Tisch: Mit einer Betreuungsstelle in jedem Bezirk Österreichs wären pro Einheit gerade einmal 12 Personen (Stand Nov 2009) zu betreuen. Trägt man dem Umstand Rechnung, dass Flüchtlinge selbst bei optimaler Betreuung auf ihre Netzwerke zurückgreifen können sollten, empfiehlt es sich, 15 bis 20 Standorte

in Ballungszentren mit einer Kapazität von 40 bis 80 Personen ins Auge zu fassen.

Diese Variante wird von Fekter und ihrer Asylbürokratie abgelehnt, da sie nichts mehr fürchten, als Kontakt zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung. Seit im Jahr 2008 dutzende Orte um ein Bleiberecht für gut integrierte Gemeindemitglieder gekämpft haben, setzt Innenministerin Fekter voll auf die Isolation von Asylsuchenden: Einsperren von Asylsuchenden bei gleichzeitiger Ausschaltung unabhängiger Kontrolle durch Hilfsorganisationen; ein Betretungsverbot von Bundesbetreuungsstellen, das JournalistInnen und NGOs das Betreten von Betreuungsstellen bei Strafe untersagt; eine Bezirksbeschränkung für Asylsuchende, die die freie Anwaltswahl behindert sowie ein neues Kompetenzzentrum für so genannte „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ fernab von kritischen NGOs sollen Asylsuchende vor neugierigen Blicken der Öffentlichkeit verbergen. *phs*

## VOM SÜDEN LERNEN

## Das Gesicht zur Faust geballt

Neujahrsvorsatz der anderen Art: Bewusster Blickkontakt könnte ihre Lebensqualität verbessern. Sowie die ihrer Mitmenschen.

Wer sich auf Reisen wundert, wie in südostasiatischen Millionenstädten wie Manila der Verkehr ohne Ampel und Verkehrszeichen in geordneten Bahnen fließt, wird alsbald auf eine Kulturtechnik stoßen, die in Mitteleuropa scheinbar längst ausgedient hat: der öffentliche Blickkontakt. Langsam gleiten die Fahrzeuge in die Kreuzung. Nach dem Reißverschlussprinzip fährt, wer kein anderes Fahrzeug vor sich hat. Was den Zugang zur Kreuzung zwar nicht so gerecht wie eine Ampel gestaltet, macht den Verkehr insgesamt deutlich flüssiger und setzt zweierlei Dinge voraus: Blickkontakt und Rücksichtnahme. Österreichs VerkehrsteilnehmerInnen ringen dagegen scheinbar jeder noch so kurzen Strecke Sekunden ab, um an der nächsten Ampel wieder zu stehen. FußgängerInnen in Österreichs Großstadt jagen geradezu durch die Straßen, das Gesicht zur Faust geballt. Wer links oder rechts schaut, hat schon verloren. Hier ein



Wer niemand vor sich hat, fährt.

lästiger Spendenkeiler, dort die organisierte Bettlermafia - bloß keine Freundlichkeiten. Und weg hier. Selbst in der U-Bahn werden die peinlichsten Verrenkungsmanöver betrieben, um Blickkontakt zu vermeiden.

Es ist bedenklich, wenn der öffentliche

Raum als feindlicher Ort erlebt wird und nur mehr rasend durchquert werden kann. Hier begegnen wir den Menschen, deren Schicksal wir als BürgerInnen dieses Landes teilen, unvermittelt. Gewinnen Sie Ihren öffentlichen Raum zurück. Blicke sind ein Anfang. *phs*

## TERRORISMUS

## Demut vor dem Herrn

Ein kühler Kopf ist die beste Anti-Terror-Strategie.

Er werde die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, kündigte der US-amerikanische Präsident Barack Obama an, nachdem es einem Attentäter gelungen war, in der Unterhose eine Pulver-Bombe in ein Flugzeug zu schmuggeln. Obama ist vom Streit um die Gesundheitsreform schwer angeschlagen, dass er sich nun auf menschliches Versagen einschießt, könnte eine Strategie sein, um politischen Druck auf weitere gesetzliche Verschärfungen abzuwenden. Wo Schuldige gefunden werden, gibt es kein strukturelles Problem.

Ein wahlkämpfender Obama mit freiem Rücken hätte da vielleicht noch ganz anders, offensiver gesprochen: „Leute, wir tun alles was wir können, oft greifen wir mit den getroffenen Sicherheitsmaßnahmen schon so weit in Grundrechte ein, dass wir eigentlich wieder vieles zurücknehmen sollten. Denn eines ist klar: Jedes noch so dichte geheimdienstliche Netz wird Anschläge letztlich nicht zu 100 Prozent verhindern können.“

Der Terror wirkt: Einige Tausend Opfer punktueller Anschläge in Krisenregionen jährlich verbreiten einen derartigen Schre-

cken, dass Menschenrechte in den USA – und auch anderswo – exzessiv eingeschränkt und Milliarden für Gegenmaßnahmen ausgegeben werden. (Demgegenüber nehmen sich die Anstrengungen etwa gegen Verkehrsunfälle, die laut WHO weltweit jährlich 120 Millionen Tote ausmachen, eher zurückhaltend aus.) Wir sollten uns damit abfinden, dass sich Terror-Tote nie ganz verhindern lassen. Aber wir können verhindern, dass Terror zum antidemokratischen Siegeszug wird, indem wir selbst kühlen Kopf bewahren. *phs*



# VERDRÄNGTE ERINNERUNGEN

## Heile Welt: Wien war nie anders.



**W**ien war nie anders. Oder Kärnten. Oder das Burgenland, wie sich jetzt herausstellt. Wollten vor einem Jahrhundert die ZuwanderInnen aus den Kronländern der Monarchie in der Reichshauptstadt Wien das Heimatrecht erhalten, mussten sie einen Eid ablegen. Der Schwur, der ihnen abgepresst wurde, verpflichtete sie, den „deutschen Charakter der Stadt“ zu fördern.

Heute sollen ZuwanderInnen aus fremden Ländern schon bei der Einreise nach Österreich einen Nachweis ihrer Deutschkenntnisse im Gepäck führen. So sieht es jedenfalls ein Entwurf des von der ÖVP geführten Innenministeriums vor. Die Wiener SPÖ lässt auf ihre Art grüßen. Sie pocht auf die Einhaltung einer so genannten „Hausordnung“, wie ihre Plakate im anschwellenden Landtagswahlkampf dokumentieren.

### Inlandsarbeiterschutz

Die Neigung zum Sozialchauvinismus und die Fügung unter das Autoritäre, das vermeintlich naturgegebene Recht des Eigenen gegenüber dem Fremden ist in der Tiefenstruktur der österreichischen Seele zu suchen. Vermutlich gründet diese Mentalität im Vielvölkerstaat und dem beschämend kleinen deutschen Rest, der nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreichs übrig geblieben ist. Dazu passt die fast schon banale histo-

Bild: Paul Sturm

Die Abwehr von „Fremden“ hat in Österreich lange Tradition. Schon Zuwandernde aus den Kronländern der Monarchie mussten einen Eid auf den „deutschen Charakter der Stadt“ ablegen. Die nunmehr geforderten Deutschkenntnisse im Gepäck von ZuwanderInnen verwundern insofern nicht.

Text: Christa Zöchling

rische Beobachtung, dass die Hetze gegen bestimmte Menschengruppen immer dann aufflammt, wenn sie im öffentlichen Raum zwar sichtbar, jedoch ohne gesellschaftliche Repräsentanz und ohne politischen Einfluß in einem Staatsgefüge leben.

Das geschürte Feuer der Konkurrenz ist meist eine Chimäre, ein Propagandainstrument für den Populismus der Wohlhabenden. Die ArbeiterInnenbewegung ist von diesem Geist ebenso erfasst wie konservative Parteien, bisweilen sogar stärker, nämlich dann, wenn es um soziale Fragen – um Arbeit, billigen Wohnraum, staatliche Zuschüsse – geht.

In der Ersten Republik war der Schutz der österreichischen ArbeiterInnen vor ausländischen KollegInnen traditionell den Gewerkschaften vorbehalten. Gegen den Willen der Unternehmerverbände setzten sie das sogenannte „Inlandsarbeiterschutzgesetz“ durch. Die Nationalsozialisten mit ihrer unmenschlichen Unterscheidung von Lebenswertem und Nicht-Lebenswertem erließen dann auch besondere Bestimmungen zum „Arbeitseinsatz von Fremdarbeitern“. Es mag erstaunen, dass dieses Gesetz den Zivilisationsbruch überlebte. Es war weit in die 70er Jahre hinein gültig.

### „Parasiten“ des Wohlstands

In den späten 40er und 50er Jahren waren zigtausende Flüchtlinge in Österreich gestrandet und in den sogenannten Lagern für Displaced Persons unter elenden Bedingungen zusammengepfercht worden: Überlebende der Konzentrationslager, Juden, politische Gefangene und Vertriebene. Damals regte sich der Volkszorn vor allem gegen osteuropäische jüdische Flüchtlinge, von denen der damalige SPÖ-Innenminister Oskar Helmer behauptete, sie würden Österreich „überfluten“.

Im Winter 1956/57 flüchteten rund 200.000 Ungarn nach Österreich, vor allem junge Männer und junge Familien, meist gut ausgebildete FacharbeiterInnen, Angehörige akademischer Berufe, Ärztinnen, Anwälte, Techniker und Intellektuelle. Von der

**„DIE LEUTE SIND SCHON GANZ WILD WEGEN DER GANZEN FLÜCHTLINGSGESCHICHTE. WIR KÖNNEN NICHT DIE WOHLTÄTER FÜR DIE GANZE WELT SPIELN.“**

**JULIUS RAAB KURZ NACH DER UNGARNKRISE**

österreichischen Bevölkerung wurden sie anfangs mit großer Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft aufgenommen. Sie waren vor sowjetischen Panzern geflohen und verdienten nach Ansicht der öffentlichen Meinung alle Solidarität. Doch das änderte sich rasch. Schon nach wenigen Wochen war in Zeitungskomentaren von „Parasiten“ des österreichischen Wohlfahrtsstaates zu lesen. ÖVP-Bundeskanzler Julius Raab meinte im Ministerrat, die Leute würden „schon ganz wild wegen der ganzen Flüchtlingsgeschichte. Wir können nicht die Wohltäter für die ganze Welt spielen.“ Am Ende blieb nur jeder zehnte Ungarnflüchtling in Österreich. In der Schule, am Arbeitsplatz und bei der Anerkennung ihrer Qualifikationen war ihnen das Volk und die Bürokratie nicht mehr so wohl gesonnen wie in den ersten Tagen. Der Sozialpsychologe Hans Strotzka, der mit einer Studie über die Ungarnflüchtlinge beauftragt wurde, kam zum Schluss, dass die emotionale Zuwendung der ÖsterreicherInnen nur so lange vorhielt, als die Flüchtlinge das von ihnen erwartete Verhalten hilfloser Kinder an den Tag legten. „Wenn Flüchtlinge jedoch im gleichen Espresso verkehrten, im gleichen Geschäft unter Umständen einmal etwas Besonderes kauften,

Heimische Küche: erzeugt nationale Identität.



so zeigte sich nach Strotzka „eine fast gesetzmäßige Aggression“.

Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre kamen abermals massenhaft Fremde in die Bundeshauptstadt. Gastarbeiter aus Anatolien und Serbien wurden aus Zügen und Bussen am Wiener Südbahnhof ausgeladen und von den Firmen, die sie angeworben hatten, in Barackensiedlungen nahe den Großbaustellen verfrachtet. Ihr Aufenthaltsrecht war an die Arbeit im jeweiligen Betrieb gebunden, selbst ein Wohnungswechsel oder eine Weiterqualifizierung war nicht möglich. Wollten sie einen Deutschkurs besuchen, so mussten sie das auf eigene Kosten tun, nach einem anstrengenden Arbeitstag. Integration war nicht erwünscht.

Als 1973 die weltweite Rezession auch in Österreich spürbar wurde, forderten die Gewerkschaften vehement die Rückführung der Fremden. Viele blieben nach langen Jahren der Arbeit und genügsamen Lebens dennoch in Österreich, holten Frauen und Kinder nach, von denen sich der kleinere Teil aus prekären Verhältnissen hocharbeitete. Anders als in Deutschland durften österreichische GastarbeiterInnen nicht als Betriebsräte kandidieren. Das Gesetz wurde erst 2006 geändert.

### Strukturbereinigung

Als Jörg Haider in den 80er Jahren seine ersten Anti-Ausländerkämpfe als FPÖ-Chef in die rhetorische Frage kleidete, ob es denn notwendig sei, „dass wir bei 140.000 Arbeitslosen 180.000 Ausländer im Land haben“, war der Boden schon vorbereitet. Dem Zustrom rumänischer und polnischer Wirtschaftsflüchtlinge nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 begegneten auch die Parteien der großen Koalition, SPÖ und ÖVP, mit Härte. Massenabschiebungen von Rumänen in plombierten Zügen und Bussen scheiterten zwar am öffentlichen Widerstand, der eine oder andere Transport fand dennoch statt.

Die sozialdemokratisch geführte Regierung beschloss ein neues Aufenthaltsgesetz, das keine bürokratische Bosheit ausließ, die man sich gegen Menschen ausdenken kann. Dekretiert wurden 10 Quadratmeter pro Kopf und wenn eine Großfamilie nicht den geforderten, angeblich „ortsüblichen“ Wohnraum nachweisen konnte, wurde der Antrag abschlägig beschieden. Wer zu wenig verdiente oder von Sozialhilfe lebte, hatte ebenfalls keine Chance, hier zu bleiben. Ein lächerlicher Formfehler beim Ausfüllen des



Bild: iStockphoto/ Fotodesign Jegg

Strukturbereinigung: Tradition statt Überfremdung

Antrags konnte zum Verhängnis werden. „Strukturbereinigung“ des Gastarbeiterproblems, so wurde das in den Erläuterungen zum Gesetzestext damals genannt.

Selbst ein Unwort wie „Überfremdung“ entsprang der Bürokratie der sozialdemokratischen Verwaltung in Wien. Ausländische Familienväter, selbst wenn sie schon dutzende Jahre in Österreich gearbeitet hatten, wurden schon einmal mit der Begründung, der „Grad der Überfremdung“ sei bereits überschritten, in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt. Und ihre Familien mit ihnen.

Bei Kommunalwahlen feierten die Freiheitlichen mit dem Ausländerthema trotzdem einen Erdrutschsieg nach dem anderen. Innerhalb der SPÖ wurde gestritten, ob man der Stimmung gegen Ausländer nachgeben oder sie bekämpfen sollte. Die Kontrahen-

### **DIE KONTRAHENTINNEN EINIGTEN SICH AUF DIE FLOSKEL, DIE ÄNGSTE DER MENSCHEN SEIEN „ERNST ZU NEHMEN“.**

tInnen einigten sich auf die Floskel, die Ängste der Menschen seien „ernst zu nehmen“ und gaben sich der irrigen Hoffnung hin, das Einfallstor der Populisten werde sich irgendwann von selbst schließen. Vereinzelt gab es Bemühungen, den durchwegs krausen Behauptungen der FPÖ, Ausländer bekämen

von dem, was sie an Steuern zahlten, ein Vielfaches an Sozialleistungen zurück und billigste Gemeindewohnungen obendrein, mit Sachargumenten zu begegnen. Doch das blieben einsame Rufe der Vernunft.

In der Wirklichkeit hat sich die Politik aller Parteien – bis auf die Grünen, das soll zu ihrer Ehrenrettung erwähnt werden – nicht über die Stimmung am Stammtisch erhoben.

Neuerdings wird das am – äußerst fahrlässig geplanten – Asylaufnahmезentrum im Südburgenland vorgeführt. SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl macht aus der kochenden Anti-Ausländerstimmung einen Wahlkampfschlager, in der Erwartung, bei den kommenden Landtagswahlen die absolute Mehrheit zu erringen. Der ÖVP-Bürgermeister von Eberau, der zuerst für das Asylzentrum war, ist nun auch dagegen.

Dabei sollten es die BurgenländerInnen eigentlich besser wissen. In keiner anderen Region Österreichs gab es vor einem Jahrhundert eine solch massenhafte Auswanderung nach Amerika wie im Südburgenland. Bis 1914 waren 170.000 BurgenländerInnen, verarmte Bauern und Handwerker, nach wochenlanger Schiffsreise bei New York auf Ellis Island gelandet, um in der neuen Heimat eine neue Existenz zu finden: tapfere Wirtschaftsflüchtlinge.

*Christa Zöchling ist Redakteurin des österreichischen Nachrichtenmagazins „profil“.*



Illustration: Petja Dimitrova

**ZUR PERSON****Andreas Görg**

**Andreas Görg ist Mitglied von ENARA, European Network Against Racism Austria.**

**KOMMENTAR**

## Wer mitschimpft, wird akzeptiert

Wozu Kopftuchdebatte? Interessant an ihr ist bestenfalls, dass sich so viele Menschen als wackere KulturkämpferInnen enttarnen.-  
Kommentar von Andreas Görg

**E**inige dieser im „Kulturkampf“ engagierten Menschen verorten sich in der politischen Mitte, manche sogar links davon. Die Kopftuchdebatte zeigt, wie dünn der Boden demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien tatsächlich ist. Quer durch alle Schichten erhitzt das vertraute Fremde die Gemüter. Die Rechten wollen das Fremde und die Fremden insgesamt rauswerfen (oder Schlimmeres), die mittelinks-liberalen KulturkämpferInnen wollen das Fremde verbieten, wollen den Menschen das Fremde gleichsam ausziehen. Die besonders mainstreamgerechte Attraktivität der Kopftuchdebatte im Kreis der kulturalisierenden Diskurse kommt auch daher, dass dieses Ausziehen so einfach erscheint.

**Dreimal Ättsch!**

Über Kopftuch und Islam mag ich erst reden, wenn vorher ausgiebig der Katholizismus und Religion im Allgemeinen und pseudolinke Religionsfeindlichkeit kritisiert wurde, und wenn Leute an der Diskussion beteiligt sind, die sich zum Islam bekennen. Da das nie passiert, bleibt unterm Strich immer Islamfeindlichkeit übrig. Daher sind solche Diskussionen primär peinlich. Je intelligenter die Kulturkämpfenden, desto peinlicher. Diese Debatten sind doch wirklich verzichtbar. Hey! Wir haben echte Probleme auf dieser Welt! Abgesehen davon zementiert der Kulturkampf gesellschaftliche Spaltungen und Machtasymmetrien, verstärkt also letztlich genau das, was er kritisiert. Ättsch! So kommt es, dass das minoritäre Kopftuchtragen zum symbolischen Widerstand gegen die Kopftuchdebatte im Mainstream wird. Doppelt Ättsch! Tja, so leicht lässt sich angeblich unterdrückten Frauen ein emanzipatorischer Akt unterstellen. Dreimal Ättsch!

**Lust am Ausrichten**

Alle diese Zuschreibungen von außen, so wohlmeinend sie auch sein mögen, sind Akte der Fremd-

definition und somit zutiefst problematisch. Genau das macht den Kulturkampf über seine bloße Peinlichkeit hinaus so aufdringlich, belästigend, übergriffig. Das ständige Reden über den Kopf anderer hinweg ist eine Zumutung. Über Nichtanwesende sollte nicht gesprochen werden. Zumeist passiert aber genau das Gegenteil. Im Ausrichten von Abwesenden und im Schimpfen ohne ein sich wehrendes Gegenüber liegt eine besondere Lust. Das nach Außen gerichtete Schimpfen stellt eine basale – um nicht zu sagen primitive – Form der Identifikation und Gruppenbildung dar. Das Gefühl des Gemeinsamen entsteht fast mechanisch durch das Schimpfen über Andere. Sogenannte Stammtischparolen sind ubiquitär, inhaltlich vollkommen austauschbar und daher nicht mit Argumenten zu kontern. Sie haben nur den Zweck, einen gemeinsamen Feind zu finden. Wer mitschimpft, wird akzeptiert und in das wohlige Wir der Guten und Gerechten aufgenommen. Es empfiehlt sich daher, in allen stammtischähnlichen offenen, auf primitive Mechanismen angewiesenen Situationen der Gruppenfindung selbst am lautesten zu schimpfen, um die Basis des sich entwickelnden Wir zu bestimmen. Jegliche anderen Interventionen schwimmen gegen den Strom der kollektiven Lust an der Verschmelzung im Schimpfen. Als halbwegs korrekte, weil nur wenig ohnmächtige Zielobjekte des Schimpfens kann ich PolitikerInnen empfehlen. Die ziehen immer. Großkonzerne sind als Schimpfthema schon zu linkslastig.

Pikant ist das Schimpfen auf die, die immer schimpfen, wie ich es hier vorexerziere. Das ist in der Praxis ein Rütteln am Watschenbaum und nur gegenüber Menschen zu empfehlen, denen Reflexionsfähigkeit zuzutrauen ist. Kampf dem Kulturkampf! Schimpf the Schimpf!



**Probeheft  
gratis.**

## ray Filmmagazin

Bestellen Sie bei ray Aboservice: [abo@ray-magazin.at](mailto:abo@ray-magazin.at)  
Tel.: +43 (0)1 920 20 08-14, Fax: +43 (0)1 920 20 08-13  
ray Jahresabo (10 Ausgaben, davon zwei Doppelnummern)  
Österreich € 29,- Europa € 45,-  
Einzelheft: € 4,50 ray-Studenten-Abo: € 22,-

[www.ray-magazin.at](http://www.ray-magazin.at)

# FRÜHER FÜRCHTETE MAN DIE ITA- LIENISIERUNG DER SCHWEIZ

In der Schweiz gibt es nur vier Minarette, dennoch stimmte die Bevölkerung für ein Verbot. Der Soziologe Jörg Stolz führt das auf „Traditionalismus“ zurück. Er erklärt, wie Angst vor Veränderungen, soziale Klasse und das unbekannte Fremde zum Sieg der Traditionalisten führten.

Interview: Cathren Müller

Fotos: Université de Lausanne

**H**err Stolz, die Schweiz steht seit dem Votum gegen Minarette als fremdfeindlich und demokratiepolitisch fragwürdig in Verruf. In Ihrem Buch „Soziologie der Fremdenfeindlichkeit“ haben Sie eine Haltung von Menschen herausgearbeitet, die Sie als Traditionalismus bezeichnen. Wer sind diese Traditionalisten?

Ich glaube nicht, dass die Schweiz ein besonders fremdenfeindliches Land ist – jedenfalls nicht mehr oder weniger als vergleichbar modernisierte Länder Europas. Aber zu ihrer Frage: Als Traditionalismus bezeichne ich eine Art generelle Veränderungsfeindlichkeit. „Traditionalisten“ sind Leute, die an Traditionen festhalten und gegen Verände-

rungen kämpfen, die sie in der Gesellschaft wahrnehmen. Der Traditionalismus macht sich in vielen Formen bemerkbar: Traditionalisten ziehen moralisch sehr enge Grenzen, in kognitiver Hinsicht nehmen sie in der Umwelt ständig Verfallstendenzen wahr. Kulturell tendieren sie zu nationalen oder anderen Gemeinschaften. In diesem Sinne ist Traditionalismus ein Syndrom.

**Sind Traditionalisten also Raunzer, die für Populismus anfällig sind, gerne die Opposition wählen, aber sich gesellschaftlich wenig beteiligen?**

Nein, das muss überhaupt nicht so sein. Mit einer traditionalistischen Sichtweise kann

man sehr aktiv sein und auch militant werden. Im religiösen Bereich entspricht dies dem Fundamentalismus. Auch der Fundamentalismus ist eine Reaktion auf Veränderungstendenzen, mit denen man nicht einverstanden ist, die man einfach nicht hinnehmen will. Traditionalisten leiden nicht unter den Veränderungen: Sie nehmen Veränderungen oft nicht einfach passiv hin, verteidigen statt dessen die aus ihrer Sicht wichtigsten Werte der Gesellschaft.

**Ein Element des Traditionalismus ist die Fremdenfeindlichkeit. Geht es in Wahrheit um andere Ängste, die auf Fremde projiziert werden?**





Stolz: Gegen Fremdenfeindlichkeit helfen Rechte für ZuwanderInnen

Projektionen und Fehlwahrnehmungen kommen häufig vor. In der traditionalistischen Sicht werden Bedrohungsszenarien aufgebaut, die in der Realität oft keine Entsprechung finden. In der Schweiz wurde im Vorfeld der Abstimmung über die Minarette das Szenario einer islamisierten Schweiz gezeichnet. Dabei gibt es in der Schweiz nur vier Minarette, zwei davon schon sehr lang, die bislang noch niemanden gestört haben. Solche Fehlwahrnehmungen kommen aber nicht nur bei Traditionalisten vor, sondern auch bei politisch linken Gruppen.

***Der Traditionalismus ist politisch rechts?***

Ja, der Traditionalismus ist rechts, auch

wenn er sich interessanterweise oft in der politischen Mitte wähnt.

**Das „Minarettverbot“ nach der Abstimmung ist kein Ausdruck von Irrationalität?**

Ich würde zwar sagen, dass das Volk einen Fehler gemacht hat, aber Irrationalität ist soziologisch nur schwer nachweisbar. Das Minarettverbot widerspricht den demokratischen Grundsätzen, es ist ein diskriminierendes Gesetz. Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass dies dem Volk nicht deutlich genug gemacht werden konnte. Das ist ein Versagen der Politik, ebenso wie von mir und meinen soziologischen Kollegen.

**Inwiefern?**

Wir haben ja die Aufgabe, diese etwas abstrakten Vorzüge der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufzuzeigen. Das ist eine schwierige Position, es ist leichter, vor Gefahren zu warnen.

**Haben im Minarettstreit die Traditionalisten gewonnen?**

Ja, das kann man so sagen. Es ging im Prinzip um die alte Frage nach den Fremden in der Schweiz. Seit den Überfremdungsdebatten in den 1960er und 70er Jahren ist das ein konstantes Thema. Damals sprach man von der Italienisierung der Schweiz und sagte, die Italiener seien nicht integrierbar, weil sie

## ZUR PERSON

## Jörg Stolz

Der Soziologe Jörg Stolz befragte 1994 für seine Dissertation „Die Soziologie der Fremdenfeindlichkeit“ 1300 SchweizerInnen im Alter von 18 bis 65 Jahren und kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: Weder persönliche Unzufriedenheit noch eigene Erfahrungen sind für Fremdenfeindlichkeit verantwortlich, sondern eine Haltung, in der die Angst vor Modernisierung und sozialer Veränderung dominiert. Stolz nannte dieses Phänomen Traditionalismus und arbeitete ein präzises Gesellschaftsprofil der TraditionalistInnen heraus. Jörg Stolz hält heute eine Professur an der Universität von Lausanne.



ganz andere Sitten hätten. Heute gelten die Italiener als die sympathischsten Einwanderer, ja sie werden gar nicht mehr wirklich als „Ausländer“ angesehen. Das ist möglich, weil in den 1980er Jahren die Türken die Stelle der Italiener eingenommen hatten, dann kamen die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien und im Moment sind es die Muslime. Die „Fremden“ werden ausgewechselt, aber die Idee der Welle, die über das Eigene hereinbricht, bleibt gleich. Neu an der aktuellen Debatte ist die religiöse Aufladung.

#### Gibt es Ursachen für die beschriebenen Konjunkturen?

Das hängt auch mit dem Anteil der jeweiligen Gruppe an der Einwanderung und mit ihrem sozialen Hintergrund zusammen. Diejenigen, die zuerst kommen, fangen oft ganz unten in der sozialen Hierarchie an, sie bekommen die schlechten Jobs und können die Sprache am schlechtesten. Die Muslime hier in der Schweiz verfügen im Vergleich mit anderen religiösen Gruppen noch über sehr wenig eigene Ressourcen, sie haben auch keine nennenswerte politische Elite, die den Anschuldigungen begegnen könnte.

#### Wird eine einer Einwanderergruppe mit zunehmendem wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Erfolg für die Traditionalisten „uninteressant“?

Ja. Auch wenn es nicht naturgesetzlich so ablaufen muss, ist es doch meistens so, dass eine Einwanderergruppe die Sprache lernt, manche steigen auf, kommen in Führungspositionen, es bildet sich eine Elite. Schon

### IRRATIONALITÄT IST SOZIOLOGISCH NUR SCHWER NACHWEISBAR.

ab der zweiten und dritten Generation verlieren sich die kulturellen Eigenheiten der Ersteinwanderer. Diese Integration braucht Zeit, aber es kann wesentlich schneller gehen, wenn viele Einwanderer aus der Oberschicht stammen. Andererseits gibt es jetzt in der Schweiz auch Stimmen, die sagen, dass es zu viele deutsche Akademiker in der Schweiz gibt.

#### Von wem kommt diese Kritik?

Auch von der SVP – und interessanterwei-

se sind plötzlich auch manche Mediziner und Anwälte einverstanden. Ihnen geht es vor allem um die Konkurrenz, die durch die deutsche Einwanderung entsteht. Es gibt aber nicht einmal in Ansätzen eine vergleichbare Mobilisierung wie gegen die Muslime. Diese steigen nur langsam auf. In solchen Situationen besteht die Gefahr einer Unterschichtsbildung mit sozialen Problemen wie Kriminalität und Gewalt. Kommen kulturelle Unterschiede hinzu, entsteht das Gefühl, die Leute mit dieser Kultur seien generell kriminelle. Diesen Kreislauf muss eine Gesellschaft durchbrechen, indem sie Aufstiegschancen bietet statt Barrieren zu errichten wie mit der Antiminarett-Entscheidung. Diese Initiative sagt „Wir wollen euch einfach nicht, auch wenn wir keinen Grund dafür haben“.

#### Sind dann die Fremden doch nur ein zufälliger Sündenbock?

Zumindest sind Traditionalisten nicht darauf angewiesen, dass es viele Einwanderer gibt. Fremdenfeindlichkeit scheint in der Schweiz sogar gerade da am stärksten zu sein, wo es besonders wenige Ausländer gibt, also in den

## **UNERWÜNSCHTE VERÄNDERUNGEN WERDEN AUCH AM KLEIDUNGSSTIL JUNGER LEUTE FESTGEMACHT.**

zu, dass sie wenig Anreiz haben, etwas Neues dazu zu lernen. Ein ganz wichtiger Punkt ist außerdem die Sozialisierung in der Familie. Die Grundwerte werden sehr stark von den Eltern und ihrem Milieu beeinflusst.

### **Nimmt der Traditionalismus also mit der Bildung ab?**

In gewisser Weise ermöglicht Bildung kognitive Komplexität und einen weiteren Horizont. Aber es gibt hoch gebildete Traditionalisten, die ihre traditionelle Weltsicht wunderbar begründen und theoretisch ausführen können.

### **Wie kann man der traditionalistischen Sicht politisch begegnen?**

Über die Fakten aufklären muss jede demokratische Gesellschaft. Um die Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen, ist aber eine möglichst schnelle Integration notwendig: Einwanderer brauchen die gleichen Rechte, um zu einem Faktor im politischen Spiel werden zu können. Sobald sie nämlich wählen, sind sie attraktiv für politische Parteien. Wenn es dann außerdem eine Aufsteiger-Elite gibt, können sie sich verteidigen. Einwanderer in führenden Positionen ändern die ganze Sachlage.

### **Aber gerade bei den muslimischen Einwanderern gibt es antidemokratische Einstellungen.**

Das ist das alte Dilemma – wie viel Unfreiheit toleriert man für die Freiheit? Man muss Regeln setzen. Gegen gewisse Dinge wie Zwangsheiraten oder Verstümmelungen von Geschlechtsorganen z.B. muss der Staat hart vorgehen – ob nun bei Muslimen oder Andersgläubigen.

Es gibt aber auch Graubereiche, in denen man verschiedener Meinung sein kann, was in einem politischen Prozess ausgehandelt werden muss. Oft wird übersehen, dass die Religionen keine unwandelbaren Systeme sind. In den meisten Fällen können sich religiöse Gruppen relativ leicht an die jeweiligen Gesetze der Aufnahmeländer anpassen. Ausserdem findet eine interne Säkularisierung statt, dadurch verschwinden auch manche Probleme. Das geht allerdings nur dann,

wenn man die Leute nicht ausgrenzt. Ausgrenzung führt eher zu einer Fundamentalisierung.

### **Arbeiten Volksabstimmungen wie beim Minarettverbot den Traditionalisten zu?**

Zum Teil denkt das Volk tatsächlich konservativer als die politischen Eliten, im Fall der Schweiz geben die Abstimmungen den kleinen ländlichen Kantonen ein unheimliches Gewicht. Hinzu kommt, dass das politische System der Schweiz – ein Konkordanzsystem ohne Regierung und Opposition – die Parteien an den Rändern stärkt. Damit wird auch der Rechtspopulismus und die politische Polarisierung gestärkt. Die Sozialisten sind in der Schweiz linker und die Rechten sind rechter als in anderen Ländern.

### **Läuft es also auf eine Auseinandersetzung zwischen oben und unten hinaus? Die politischen Eliten setzen sich ja aus Angehörigen der Oberschicht zusammen.**

Es gibt sicher eine Kluft zwischen Elite und Volk. Aber auch die Traditionalisten haben ihre sehr gut gebildeten Eliten. Insofern kann man das nicht auf den Unterschied von oben und unten reduzieren. Es ist ein ernst zu nehmender ideologischer Unterschied. Warum in der Schweiz bei der Minarettfrage so abgestimmt wurde, hängt nicht nur mit Traditionalismus zusammen, sondern auch mit spezifischen Rahmenbedingungen, vor allem der Wirtschaftskrise. Viele Schweizer haben das Gefühl, dass die Schweiz von einem der besten Länder zu einem Problemfall wird.

### **Das müsste doch die Eliten besonders treffen.**

Nein, es trifft die, die darauf stolz sein möchten, Schweizer zu sein, die auf das nationale Selbstbewusstsein setzen. Sie identifizieren sich besonders stark mit der Schweiz. Das ist ein wichtiger Punkt der erklärt, warum das Verbot mit großer Mehrheit angenommen wurde.

### **Das heißt, wirtschaftliche Krisen und empfundene Demütigungen des nationalen Selbstbewusstseins geben dem Traditionalismus Auftrieb?**

Es sind zumindest verstärkende Faktoren. Werthaltungen und Sichtweisen sind beeinflussbar und verändern sich. Die Medien spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle, genauso wie die Politik.

ländlichen Kantonen der Zentralschweiz. Diese Leute haben nie ein Minarett gesehen und wahrscheinlich auch keinen Asylwerber. Es genügt, in den Medien davon gehört zu haben. Unerwünschte Veränderungen einer Gesellschaft können sich aber auch an anderen Dingen festmachen, zum Beispiel an einer neuen Kultur oder generell am Kleidungs- und Musikstil junger Menschen. Traditionalisten haben das Gefühl, dass nichts mehr so wie es früher ist und dass es früher besser war. Ausländer sind für sie das Zeichen und die scheinbare Konsequenz der Veränderungen.

### **Gibt es bestimmte soziale Trägergruppen für den Traditionalismus?**

Untere Gesellschaftsschichten sind tendenziell eher traditionalistisch, weil sie schlechter auf den sozialen Wandel reagieren können. Jemand, der gut ausgebildet ist, kann leichter dazu lernen und sich neu orientieren. Wenn man diese Ressourcen nicht hat, wird man versuchen, den Wandel zu stoppen, auch wenn das nicht geht. Aus ähnlichen Gründen haben auch ältere Leute eher traditionalistische Einstellungen. Bei ihnen kommt hin-



Die Brutalität des Selbstverständlichen: Der Schwarze Diener zu Werbezwecken.

# WIE DIE „ÜBERFREM- DUNG“ ZUM SCHLAGWORT WURDE

Völkische Konzepte scheinen auch in der Mainstreampolitik immer wieder durch. Was gestern noch als verhetzend galt, findet sich heute in der politischen Mitte.

*Text: Andreas Peham  
Bild: Karin Wasner*

## Völkisch denken: wieder in Mode.

**E**s gehört zu den Lebenslügen der politischen wie sozialen Mitte, wonach Antisemitismus und Rassismus immer und ausschließlich am rechten Rand zu verorten seien. Die Nazis sind auch heute immer die anderen – am öftesten arbeitslose Jugendliche aus zerrütteten Verhältnissen. Die viel strapazierten „Modernisierungsverlierer“ kriegen so zum Schaden auch noch den Vorwurf.

Um von der Tatsache abzulenken, dass der Rechtsextremismus auch ein radikalisierter Konservatismus ist und mit diesem eine anti-egalitäre und elitäre Grundhaltung teilt, hat man den „Verfassungsbo-gen“ erfunden. Der kann dann so lange gebogen werden, bis sich die extremistischen Ränder berühren.

### Ventil für Leistungsdruck

Mit der Behauptung eines klaren Bruches zwischen Totalitarismus und bürgerlicher Demokratie, Faschismus und Liberalismus, Rechtsextremismus und Konservatismus, soll jede strukturelle Überschneidung und ideologische Kontinuität ausgeblendet werden. Derer gäbe es aber viele: Zu nennen wäre etwa das sich permanent verschärfende Leistungs- und Konkurrenzprinzip, das im rechtsextremen Diskurs dann nur mehr zum Sozialdarwinismus radikalisiert zu werden braucht. Gerade die autoritäre Aggression gegen alles Schwache entspricht in ihren Grundzügen der Rationalität und den Normen der spätbürgerlichen Erfolgsgesellschaft. Jugendliche, welche die zentralen Werte dieser Gesellschaft verinnerlicht haben und geradezu vom neoliberalen Leistungsdenken beherrscht sind, sich also nur selbst als ihres Glückes Schmied begreifen, können sich in der Krise oder angesichts drohender Arbeitslosigkeit ihr Unglück dann ursächlich nur selber zuschreiben. Weil aber gerade Adoleszente mit (dieser) Schuld oft nicht oder nur sehr

schwer umgehen können, sind sie dauernd auf der Suche nach Sündenböcken, die verantwortlich sein sollen für ihre Misere.

### Neue Diskursgrenzen

Unbestritten ist auch die Rolle der Medien- und Elitendiskurse, insbesondere für die (Re-)Produktion von Rassismus, der eben bei weitem kein Randgruppenphänomen darstellt: Die Annahme eines „Ausländerproblems“ muss mittlerweile als hegemonial bezeichnet werden, lediglich über dessen Lösung wird noch gestritten. Wenn bei diesem Streit mal über die Stränge geschlagen und gegen muslimische „Kinderschänder“ und amerikanische „Exiljuden“ gehetzt wird, dann ist überall die Rede vom Tabubruch. Bei allem abwehrenden Charakter dieser Behauptung – ganz falsch ist sie nicht: Als zentrales ideologisches Element der passiven Reformierung der Verhältnisse in den 1970er Jahren kann das Zurückdrängen von Antisemitismus und Rassismus

**NOCH 1991 SAH DER VERFASSUNGSGERICHTSHOF IM BEGRIFF DER „ÜBERFREM-DUNG“ EINEN BELEG FÜR VERHETZENDE ABSICHT. ACHT JAHRE SPÄTER PLAKATIERTE DIE WIENER FPÖ AN FAST JEDER STRASSENECKE „STOPP DER ÜBERFREM-DUNG!“**

ins Private gesehen werden. Im Zuge der neokonservativen und -liberalen Gegenform und des parallel dazu verlaufenden Aufstiegs des parteiförmigen Rechtsextremismus ab den späten 1980ern wurden diese Diskursgrenzen neu gezogen. Die These einer Normalisierung des Rassismus

lässt sich erhärten mit einem Blick auf die Geschichte der Agitation gegen eine angebliche „Überfremdung“: Noch 1991 sah der österreichische Verfassungsgerichtshof in der oftmaligen und exzessiven Verwendung dieses rassistischen Kampfbegriffes einen Beleg für verhetzende Absicht und neonazistische Gesinnung. Acht Jahre später plakatierte die Wiener FPÖ an fast jeder Straßenecke „Stopp der Überfremdung!“. Dann fand das Hetzwort Mitte der 1990er Jahre Eingang in Bescheide des Wiener Magistrats (die „Überfremdungsbescheide“ der MA 62 unter Verantwortung von Werner Sokop) und Medien begannen, es in der antimuslimischen Variante („Islamisierung“) ohne jede kritische Distanz zu verwenden. Mittlerweile ist aus dem Un- ein beliebtes Schlagwort geworden, auf das, leicht abgewandelt, auch ÖVP-Politiker wie der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll ungeniert zurückgreifen: 2007 erkannte dieser in Minaretten etwas „Artfremdes“, was „auf Dauer in einer Kultur nicht gut tut.“ Und für den damaligen ÖVP-Generalsekretär Hannes Missethon war es im Frühsommer 2007 „nur eine Frage der Zeit, bis die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache in der Mehrheit“ und „wir irgendwann türkisch“ sind. Wer sich daran noch stößt, wird umgehend als „Gutmensch“ denunziert – was im Übrigen das unterdrückte Wissen um die moralische Verwerflichkeit von Antisemitismus und Rassismus verrät.

### Schutz im nationalen Kollektiv

Leidenschaftliche Mitgliedschaft in der Hetzmasse ersetzt zunehmend die wohlfahrtsstaatliche Integration. Die überbordenden Sicherheitsdiskurse tun dann das Ihrige, um Menschen Angst zu machen und Zuflucht bei starken Männern oder im nationalen Kollektiv suchen zu lassen. Während zuvor die Sozialdemo-



Gemeindebau-Ansichten: Emmerich Sailer Hof beim Klieberpark - Wien Margareten; Simmering; Margaretenguertel, Wohnhaus (1929-30), Puchsbaumgasse 11-13, Wien-Favoriten; Marianne-und-Oscar-Pollak-Hof, Dunantgasse 18, Floridsdorf; Metzleinstaler Hof. Bilder: Hjanko, Anton-Kurt, Buchhändler; GFDL/Wikimedia

Bilder: SPÖ Simmering, Hjanko, Anton-Kurt, Buchhändler; GFDL/Wikimedia

kratie vermochte, die „kleinen Leute“ vor allem über materielle Transferleistungen an sich und den Staat zu binden, erfolgt die Integration nunmehr in erster Linie ideologisch. Der integrale oder völkische Nationalismus hat erfolgreich den Sozialpatriotismus abgelöst. War letzterer noch bestimmt von positiver Identifikation als BürgerInnen eines neutralen, international angesehenen und prosperierenden Staates, so dominiert bei Ersterem die aggressive Abgrenzung vom (inneren) Ausland. Die völkische Aktualisierung des Nationalismus bedeutete also eine Radikalisierung, da die nationalen Grenzziehungen und Ausschlussmechanismen rigider wurden.

Neonazis als bewaffneter Arm der Stammtische und fanatische Übertreiber der herrschenden Normalität finden unter solchen hegemonialen Verhältnissen ideale Bedingungen vor. Und so braucht es uns nicht zu überraschen, dass die „bürgerli-

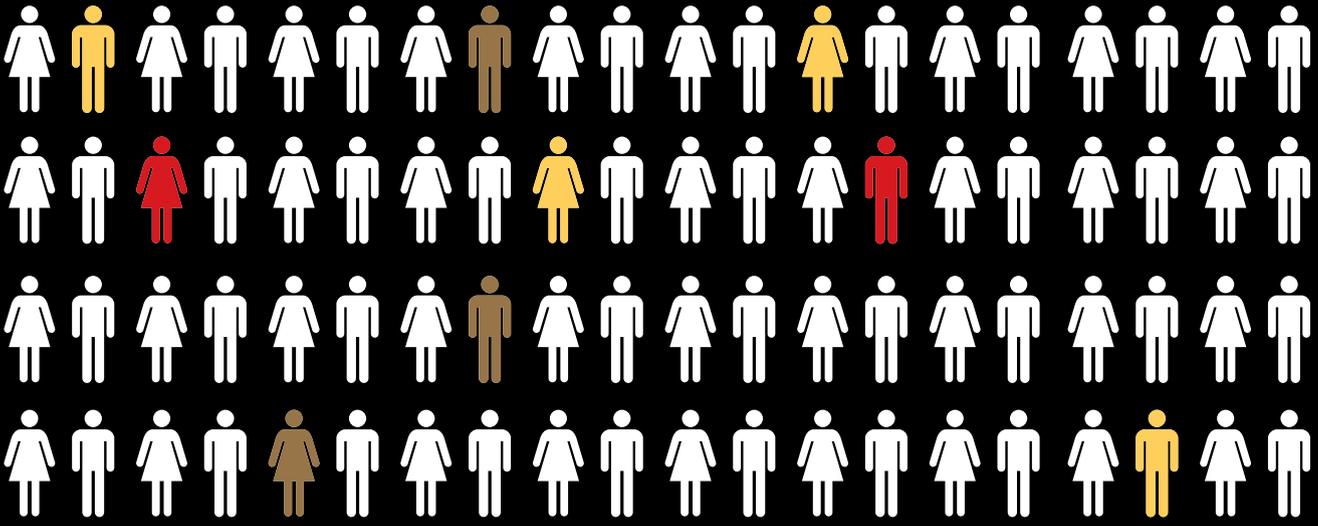
**WÄHREND DIE SOZIALDEMOKRATIE FRÜHER DIE „KLEINEN LEUTE“ ÜBER MATERIELLE TRANSFERLEISTUNGEN AN SICH BAND, ERFOLGT INTEGRATION NUNMEHR IDEOLOGISCH.**

che Wende“ begleitet war von einer Zunahme neonazistischer Organisation und Gewalt. Manche Regionen Österreichs wie etwa Teile des Inn- und Hausrückviertels brauchen den Vergleich mit „national befreiten Zonen“ nicht mehr zu scheuen: In Bezirken wie Braunau, Ried im Innkreis, Wels oder Linz Land haben Neonazis mehr oder weniger das staatliche Gewaltmonopol gebrochen, beginnen selbst organisierte „Bürgerwehren“ zu bestimmen, wer sich auf der Straße sehen lassen darf. Will die Warnung vor dem und die

kritische Analyse des Rechtsextremismus nicht zur Legitimation der herrschenden Zustände beitragen, muss sie auch diese ins Visier nehmen.

Das gilt etwa für die Rücknahme der sozialen Staatsfunktionen zugunsten der repressiven, die Entleerung des Politischen durch die permanenten Hinweise auf die Sachzwänge des Konkurrenzkampfes der Standorte. Auch die Kritik des Bewegungsrassismus wird falsch, wenn sie über den staatlichen Rassismus, das immer restriktivere und mittlerweile an die Grenzen der Verfassung stoßende Migrationsregime schweigt. Eine glaubhafte Kritik des Rechtsextremismus muss also eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse sein, die ihn hervorbringen und begünstigen.

Andreas Peham ist Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW).



24h SANS NOUS



LA JOURNÉE SANS IMMIGRÉS  
1<sup>ER</sup> MARS 2010

An Interview with some African Immigrants living in Vienna. It was taken some few days before the Demo of the 10 years anniversary of Markus Omofuma who died in the hands of Austrian P

Bakary C (28). Gambia. Male. 5 years in Austria.  
Sharon (23). Kenya. Female. Student. 2 years in Austria.  
Mamadou (32). Senegal. Male. Asylum seeker. 5 years in Austria.  
Chika (25). Nigeria. Female. Student. 4 years in Austria.  
Serge (29). Cameroon. Male. Student. 7 year in Austria.  
None of them has arrived to Austria in 1999 when the incident occurred back in 1999, but most of them are very much aware of the incident.

Would you take part in the Demo 1st may 2009?

- B. No. Why? Schubhaft
- S. Yes. Why? Equal right
- M. No. Why? The Operation Spring
- C. Yes. Why? Changes
- S. Nein. Why? Police

How would you describe the present treatment of Migrants in Austria?

- B. Violation of Human right
- S. Negative...Hmmm...you know what I mean...
- M. Illegal wie immer
- C. Racial (Rassistisch)
- S. Abomination, Ich glaube das heißt auf Deutsch ABSCHEU.

What can be done to make it better?

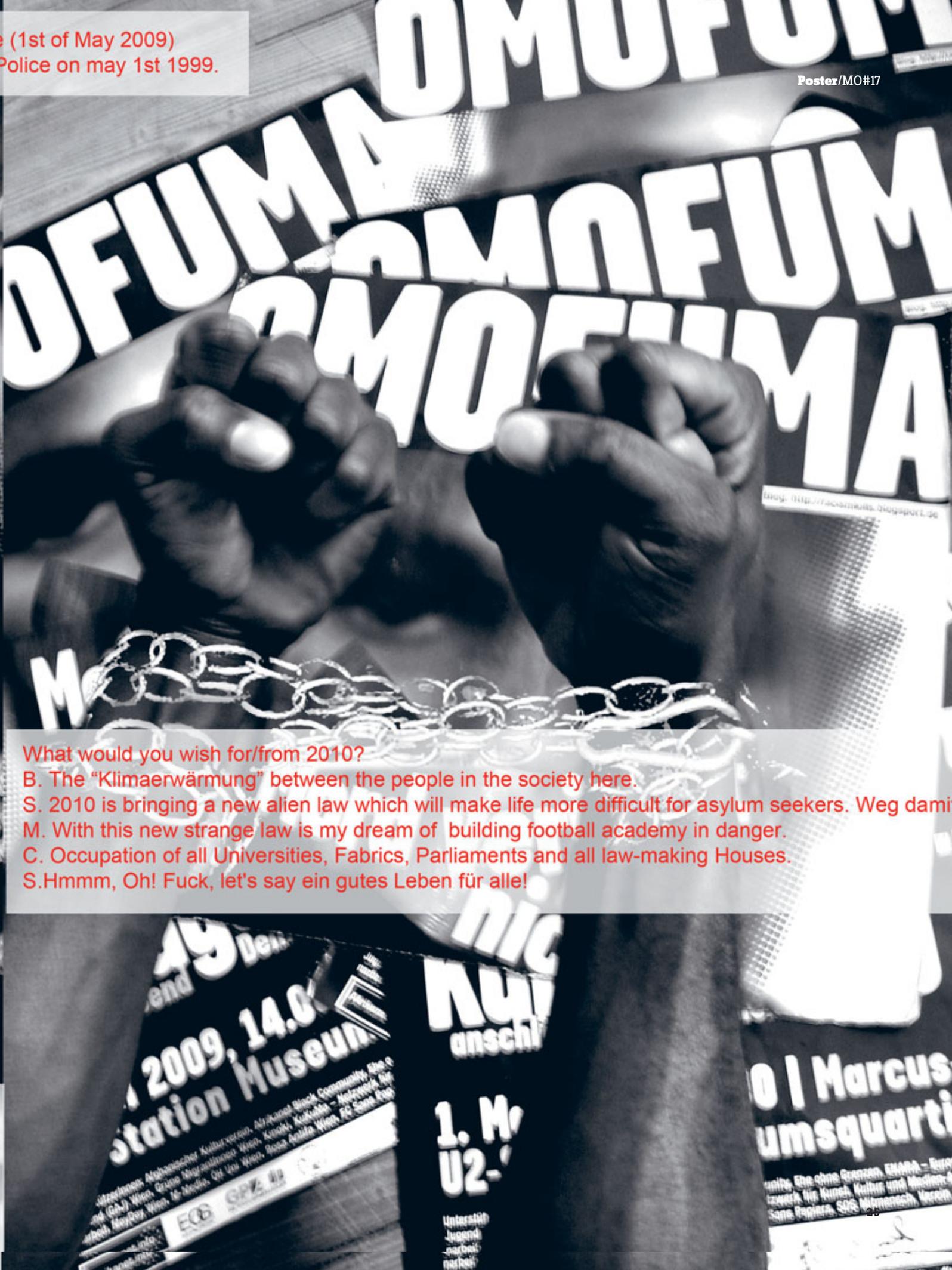
- B. Bleiberecht, aber nicht wie „diese jetzt“ sondern AMNESTY.
- S. Give chance to everyone and with equal right.
- M. Nein to FPO and BZO's Ideas, also to all nationalistic right wingers
- C. Improve alien laws or better abolish das Fremdenrechtgesetz.
- S. Less Police on the street oder überhaupt keines

What would you contribute if you would have a chance to participate in the society?

- B. To become a Religious Teacher
- S. To Become a social worker
- M. To build a football academy and help younger austrian footballers
- C. I don't want to live in Austria, I will go back to Nigeria after my studies.
- S. I would want to give structural seminars about Racism to austrian Police and Politicians
- S. I would want to give structural seminars about Racism to austrian Police and Politicians.

(1st of May 2009)  
Police on may 1st 1999.

Poster/MO#17



What would you wish for/from 2010?

B. The "Klimaerwärmung" between the people in the society here.

S. 2010 is bringing a new alien law which will make life more difficult for asylum seekers. Weg damit!

M. With this new strange law is my dream of building football academy in danger.

C. Occupation of all Universities, Fabrics, Parliaments and all law-making Houses.

S.Hmmm, Oh! Fuck, let's say ein gutes Leben für alle!

2009, 14.0.  
Station Museum

1. Mo  
U2-

0 | Marcus  
umsquarti

Albanisches Kulturverein, Afrobeat Black Community, Ebe o  
(GA.) Wien, Grube Nigerianische Wien, Kinok, Kufuku - Antenne für  
arab, MayDay Wien, M-Media, Qd'Uw Wien, Rosa Austria Wien, FC Sankt Pölten

Unterstützt  
Jugend  
nagel  
natrol

unity, Ehe ohne Grenzen, EMMA - Bur  
szwerk für Kunst, Kultur und Medien  
Sane Partner, SOS Mimmach, Veron



NATÜRLICH FAIR

# DIE WELT DES FAIREN HANDELS

Im Reichtum der Kulturen liegt ein Geschenk -  
[www.eza.cc](http://www.eza.cc)

# BLENDWERK



Weil wir uns auch nicht gern von Populismus und Diskriminierung blenden lassen, unterstützen wir SOS Mitmensch.

**Brillen.manufaktur®**

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00



Probeheft unter [www.momagazin.at](http://www.momagazin.at)

## Lebensretter zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt

In Sizilien wurden die Kapitäne zweier tunesischer Fischkutter, die im August 2007 44 Bootsflüchtlinge in Seenot retteten, zu 2,5 Jahren Haft verurteilt. Begründung: Widerstand gegen die Staatsgewalt und gegen ein Kriegsschiff. Sie berufen. *red* @UNHCR



©UNHCR/A. Di Loreto/2007

### GRENZEN DES POPULISMUS

## Meinungsäußerungsfreiheit endet bei Hassreden

Geht es um Hassreden, dann stößt das Recht auf freie Meinungsäußerung an seine Grenzen. Das gilt auch für PolitikerInnen. Dieses Urteil fällt kürzlich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Wer zu Hass gegen Andere und zu Diskriminierung anstiftet, der kann sich nicht auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung berufen, so der EGMR. Das gilt – zum Schutz demokratischer Gesellschaften – auch und gerade für gewählte Volksvertreter, denen durch ihr

Mandat für die Repräsentation der Bevölkerung besondere Verantwortung zukommt. Auslöser für das Verfahren war Daniel Feret, Ex-Vorsitzender der rechtsextremen belgischen Partei „Front National“, die gegen die „Islamisierung Belgiens“ mobilisierte. Nach einer gerichtlichen Verurteilung hatte Feret Beschwerde eingelegt. Straßburg bestätigte allerdings die Verletzung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Der Urteils-

spruch könnte auch für einige PolitikerInnen in Österreich interessant sein. Wer etwa gegen Angehörige des Islam hetzt, kann sich künftig nicht länger auf freie Meinungsäußerung berufen. Die Wahrung der Grundrechte anderer, so Straßburg, habe Vorrang. *klu*



©Marcell Nimführ



Filmscut aus „Little Alien“ (Regie: Nina Kusturica), ©Polyfilm

Minderjähriger Flüchtling

### Griechenland: Illegale Abschiebungen

Griechenlands nicht funktionierendes Asylsystem führt immer wieder zu illegalen Abschiebungen v.a. in die Türkei, darunter auch von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Human Rights Watch appelliert an die EU und drängt auf eine Reform des Asylsystems. *phs*

### Deutschland: Massen- Abschiebungen

Deutschland plant, die Ende des Jahres 2009 eingeleiteten Massenabschiebungen von Roma in den Kosovo weiter fortzusetzen. Allerdings: In diesem „Staat“ mangelt es an Wohnungen und Jobs. Roma werden zudem immer wieder Ziel von Angriffen. Was nun? *klu*

### Uganda: Schwulen droht Todesstrafe

Uganda plant, die Todesstrafe für Schwule einzuführen, wenn sie mehrmals „straffällig“ geworden sind. Zudem würden jene, die homosexuelle Handlungen beobachten, verpflichtet, diese sofort den Behörden zu melden. Andernfalls drohen mehrjährige Haftstrafen. *red*

## „Islam oder Patriarchat: Wer bremst hier die Entwicklung?“

### MENSCHENRECHTE

# Die Angst der Fundamentalisten

Der Islam erstarkt keineswegs, sondern verliert in muslimischen Gesellschaften unweigerlich an Einfluss. Wie Alphabetisierung, Frauenrechte und die Kleinfamilie der islamischen Welt letztlich eine europäische Entwicklung beschern, führen die Demographen Emmanuel Todd und Youssef Courbage in ihrem Buch „Die unaufhaltsame Revolution“ aus.

TEXT: MARIA STERKL

**W**enn in der Schweiz Minarette verboten werden und in Wien „Moschee adé“ skandiert wird, wenn sich die österreichische Innenministerin wegen der Burka hinter dem Lenkrad sorgt, dann wissen wir: In unserer Gesellschaft bröselst es. Mittlerweile muss man nicht mehr die „Krone“ abonniert oder Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“ gelesen haben, um der Welt eine „schleichende Islamisierung“ zu diagnostizieren. Diesem Befund zu widersprechen, das wagen weder Gut-, noch Schlecht-, noch Egalmenschen. Man sieht es ja und hört es allerorten: Die Töchter tragen wieder Kopftuch, die Mütter bleiben wieder zuhause, und so mancher Vater warnt die US-Behörden vor dem eigenen Sohn. Kurzum: Der Islam gewinnt an Macht.

### Unordnung, kein Erstarren

Stimmt nicht!, entgegen dieser Sicht der Historiker Emmanuel Todd und der Bevölkerungswissenschaftler Youssef Courbage. Der Glaube verliert in der islamischen Welt vielmehr an Einfluss. Den Ursachen dafür gehen Todd und Courbage in ihrem groß ange-

legten Werk „Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern.“ nach. In Frankreich erschien das Buch bereits vor zweieinhalb Jahren unter dem klar auf Huntingtons „Kampf der Kulturen“ verweisenden Titel „Le rendez-vous des civilisations“ – die Begegnung der Kulturen. Eine der Kernthesen von Todd und Courbage: Es gibt weder eine wachsende Kluft noch wird es einen weltweiten Krieg zwischen islamischer und nicht-islamischer Welt geben, denn: Im Grund bewegen sich alle Gesellschaften der Welt, egal ob muslimisch oder nicht-muslimisch, langfristig in dieselbe Richtung. Sie modernisieren sich. Wesentliche Merkmale dieser Modernisierung sind Geburtenschwund, Überalterung der Gesellschaft, Alphabetisierung, das Entstehen von Kleinfamilien. Eine ähnliche Entwicklung also, wie sie auch Europa durchlebt hat. Damit ist auch der Rahmen der Untersuchung von „Die unaufhaltsame Revolution“ gesteckt: Todd und Courbage gehen nicht von den zumeist üblichen historischen Analysen aus, mit denen insbesondere die arabischen Gesellschaften so

gerne erklärt werden, sondern von der Demographie als zentraler Kategorie. Aus deren Entwicklungen und Eckdaten leiten sie die konstatierte Modernisierung muslimischer Gesellschaften ab und fügen gleich hinzu, dass gerade daraus eine Unordnung ausgelöst wurde, die bis in den partikularen Terrorismus ausfranst.

### Zukunft: Muslimische Kleinfamilie

Für die Modernisierung in den islamischen Ländern finden Todd und Courbage vielfältige Belege. So nehmen die Geburtenraten in der islamischen Welt seit rund 30 Jahren stark ab. Iranische und tunesische Frauen bringen heute im Schnitt genauso viele Kinder zur Welt wie Französinen. Während im Jahr 1985 jede Frau in Saudi-Arabien im Schnitt 8,45 Kinder gebar, waren es zwanzig Jahre später nur noch 3,61 Kinder. Das ist zwar immer noch doppelt so viel wie in Mitteleuropa, langfristig würden sich die Niveaus jedoch angleichen, sind die Autoren überzeugt. Dass Menschen beginnen, mit der langen Tradition der Acht-Kind-Familie zu brechen, sei vor allem auf einen Fak-



Matrileare Gesellschaften: Machten historisch schnellere Fortschritte. ©Magdalena Blaszcuk



©Stockphoto/Matty Heitner

**Todd, Courbage:  
Alphabetisierung  
reduziert den Einfluß  
von Religion und  
Tradition.**

tor zurückzuführen: die Alphabetisierung der Frauen. Nichts bringe junge Menschen stärker davon ab, sich fortzupflanzen, als Bildung. Mit eindrucksvollen Statistiken belegen Todd und Courbage, wie das allmähliche Durchsickern von Schreib- und Lesefähigkeiten bei Frauen sich in einem meist zwanzigjährigen Abstand in einem deutlichen Absacken der Geburtenraten niederschlägt. Damit es jedoch erst soweit kommen kann, brauche es ein gewisses Maß an Säkularisierung: Zwar steht der Islam Verhütungsmethoden weniger feindlich gegenüber als die katholische Kirche, dennoch wird auch hier Fortpflanzung propagiert. Wer also beginnt, dem Kinderreichtum den Rücken zu kehren, wende sich damit zumindest ein Stück weit auch von muslimischer Frömmigkeit ab.

### **Nachhall der Modernisierung**

Wie kommt es dann, dass gerade im letzten Jahrzehnt islamistische Bewegungen wieder im Aufwind waren? Dass „Fundamentalismus und Gewalt in der muslimischen Welt ein beachtliches Ausmaß erreicht haben“, streiten auch die Autoren nicht ab. Anders als in gängigen Analysen sehen sie darin jedoch kein Zeichen einer generellen Re-Islamisierung. Im Gegenteil: „Fundamentalismus ist nur ein vorübergehender Aspekt eines in Bedrängnis geratenen Glaubens“, heißt es im Buch. Dort, wo die demografische Erneuerung abgeschlossen ist, sei das Erwachen fundamentalistischer Bewegungen höchstens ein Nachhall des Modernisierungsprozesses. Dort hingegen, wo ein deutliches Absinken der Geburtenraten noch

aussteht, sei weiterhin mit Gewaltausbrüchen zu rechnen: So liege Pakistan mit seinen 165 Millionen Einwohnern, mit Geburtenraten von 4,6 Kindern pro Frau im Jahr 2005, immer noch weit hinter den arabischen Ländern (mit Ausnahme Jemens). Überhaupt sei Pakistan „eine tickende demografische Zeitbombe“. Der schonende Umgang der US-Außenpolitik mit dem Staat sei daher „leichtsinnig und verantwortungslos“. Denn für die Autoren ist klar: Der Iran biete keinen Grund zur Sorge. Zu gebildet sei die Bevölkerung, zu mündig seien – trotz aller Repression – die dort lebenden Frauen. Hingegen stehe eine grundlegende Modernisierung in Pakistan, wo die Hälfte der Ehen innerhalb der Großfamilie geschlossen wird, wo immer noch mehrere Kinder gezeugt werden, um für

die Weitergabe des Erbes an einen männlichen Nachkommen zu sichern, noch weiter aus. Eine ideologische Krise, die mit einem drastischen demografischen Wandel fast immer einhergeht, sei zu erwarten – und mit Sicherheit, so die Autoren, werde die Krise „durch den Islamismus bestimmt werden“.

Damit soll aber nicht gesagt werden, dass die Rückständigkeit Pakistans religiös bedingt sei: Eher liege es daran, „dass die Frauen in der gesamten Region den weltweit niedrigsten Status haben“. Auch im hinduistisch geprägten Nordosten Indiens würden Mädchen zu Hause eingesperrt, vernachlässigt, an der Ausbildung gehindert. Was die Kindersterblichkeit betrifft, sei diese im nordindischen Punjab doppelt so hoch wie die der Buben.

### Regionale Unterschiede

Der auch in österreichischen Wahlkämpfen gerne propagierte Befund, Islam und Frauenrechte seien unvereinbar, relativiert sich somit in Todds und Courbages Untersuchung. Zwar stimme es, dass der Koran weiblichen Nachkommen nur halb so viel Erbe zuspricht wie männlichen – doch diese Vorschrift werde praktisch in keiner Region der Welt mehr beachtet. Je nachdem, wohin

man blicke, legten muslimische Familien diese Vorschrift deutlich nach regionalen Traditionen aus. Also, erheblich strenger, wie bei vielen sunnitischen Arabern, die lieber Cousins erben lassen als die eigenen Töchter. Oder viel lockerer, wie in indonesischen oder malaysischen Familien, wo Töchter eher bevorzugt werden. Fazit: Dort, wo schon vor der Islamisierung patriarchale Strukturen vorherrschten – also im Zentrum der arabischen Welt wie Saudi-Arabien, taten sie das auch danach. Und dort, wo Frauen Männern tendenziell gleichgestellt waren, änderte sich auch durch die Islamisierung wenig daran. Es sei denn, sie erfolgte durch arabische Eroberungszüge: Dort aber, wo sich der Islam durch Wirtschaftsbeziehungen ausbreitete, hielt sich auch die matrilineare Form der Gütervererbung.

Viel Raum widmen die Autoren den Ursachen darüber, warum der demografische Wandel in manchen Ländern sehr früh einsetzte, während er in anderen noch gar nicht begonnen hat. Fest steht: Das Ausmaß der Alphabetisierung ist zwar ein wichtiger Faktor, aber bei weitem nicht der einzige. Den Autoren ist es ein Anliegen, weitere Einflüsse herauszuarbeiten – um damit zu beweisen, dass die Religion nur ein Aspekt von

vielen ist, wenn es darum geht, wie modern eine Gesellschaft ist. In Erdöl exportierenden Ländern orten Todd und Courbage schlicht den sinkenden Ölpreis als einen Auslöser, der Familien bewogen hat, weniger Kinder zu bekommen. In anderen Staaten wie etwa Marokko war es der Einfluss der Exil-MarokkanerInnen in Europa, der den Menschen das Leben ohne Kinderreichtum schmackhaft machte. Wieder andere muslimische Länder entzogen sich dem den Kindersegen mindernden Einfluss der Bildung. Malaysia gilt als Sonderfall, der „Kampf der Wiegen“ hat dort tatsächlich stattgefunden. Allerdings nicht, um dem „christlichen Westen“ etwas entgegen zu setzen – sondern als Kampfmittel gegen die chinesische Elite im eigenen Land.

In einem gleichen sich christlich-europäische und islamische Staaten übrigens völlig: In beiden Weltgegenden wurden junge Frauen erst im Schnitt um zwanzig Jahre später alphabetisiert als Männer. Die westliche Welt zeigt vor: Gib Frauen Bildung, und sie lassen sich scheiden. Die weibliche Hälfte der Bevölkerung unmündig zu halten, ist patriarchalen Staatsregierungen pure Selbstverteidigung. Man wird sehen, wie lange sie damit noch durchkommen: Glaubt man Todd und



Youssef Courbage und Emmanuel Todd  
**Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern**  
Piper Verlag 2008, München



### Die Autoren:

**Youssef Courbage**, geboren 1946 in Aleppo (Syrien), ist Forschungsdirektor am Institut National d'Études Démographiques in Paris. Er war als Berater für verschiedene internationale Institutionen wie die Unesco, die Europäische Union und den Europarat tätig.

**Emmanuel Todd**, geboren 1951, studierte Geschichte und Anthropologie am Institut d'Études Politiques de Paris und promovierte in Cambridge. 1976 sagte er in seinem Buch »La Chute Finale« den Zusammenbruch der Sowjetunion voraus. Sein Buch »Weltmacht USA – Ein Nachruf« (2002) wurde zum Bestseller.

Die gesellschaftliche Lage abseits politischer Effekthascherei analysieren.



Gächter: Lehrausbildung ist auf Einsprachigkeit ausgelegt. Das entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität.

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

## Das Boot ist seit 1918 voll

Österreich ist stolz auf die Sozialpartnerschaft. Warum nicht ein solches Modell für den Zuzugs- und Integrationsbereich schaffen, fragt der Migrationsexperte August Gächter im Gespräch.

INTERVIEW: MARK HAMMER, BILDER: KARIN WASNER



## ZUR PERSON

## August Gächter

**Herr Gächter, ist Österreich ein Einwanderungsland?**

Nein, weil sich der Staat definitiv nicht so versteht. Österreich ist eine Gesellschaft mit tagtäglicher Einwanderung aber von staatlicher Seite wird immer betont, dass das Land diese erleide und nicht einlade.

**Manche PolitikerInnen und Zeitungen zeichnen das Bild, dass wir überrannt werden. Wie hat sich der Zuzug nach Österreich in den letzten Jahrzehnten entwickelt?**

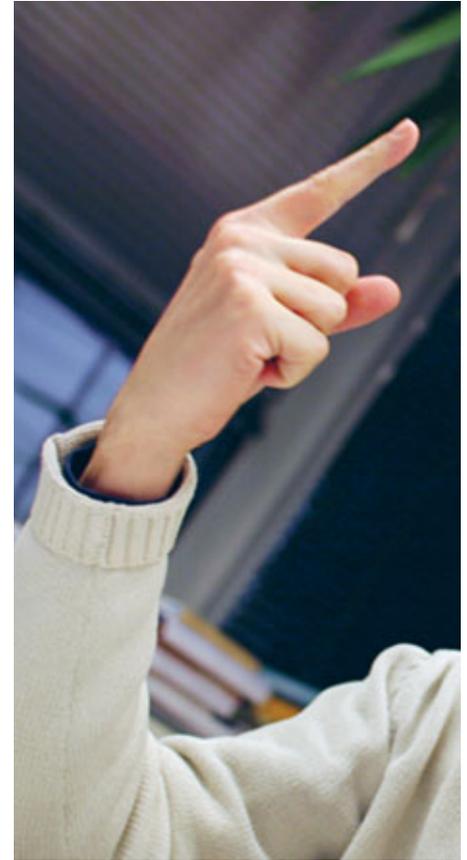
Mengenmäßig hat sich der Zuzug in den vergangenen 50 Jahren nicht stark verändert. Es hat immer Auf und Ab gegeben. Ein wich-

tiger Bestandteil dessen waren immer Flüchtlingsströme. Derzeit erleben wir eine Periode, in der verhältnismäßig Wenige herkommen, aber dieses Wenig ist diesmal recht hoch. Das hängt möglicherweise damit zusammen, dass es keine anderen Einwanderungskanäle gibt. Wenn man nicht schon Verwandtschaft im Land hat, muss man einen Asylantrag stellen. Sonst hat man praktisch keine Möglichkeit einzuwandern.

**Bleiben viele Menschen langfristig hier?**

Eineinviertel Millionen der jetzt in Österreich lebenden Menschen wurden im Ausland geboren. Von vier Menschen, die herkom-

**Der Soziologe forscht seit 20 Jahren zu Migration und Integration. Er arbeitet am Zentrum für Soziale Innovation (ZSI) in Wien und ist Konsulent für das International Migration Programme der Internationalen Arbeitsorganisation ILO der UNO, für die er eine über das Internet abrufbare Datenbank von Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsaktivitäten erstellt. [www.wisdom.at/ilo](http://www.wisdom.at/ilo)**



men, gehen drei wieder weg. Momentan gibt es mehr EU-Innenmigration als früher, was mehr Beweglichkeit schafft, weil die Menschen risikoloser wieder ins Herkunftsland zurück gehen können.

#### Wie hat sich die Sozialstruktur durch Zuwanderung verändert?

Die Spannweite bei den Berufen ist die gleiche geblieben. Man hat durch den Zuzug das Personal gehabt, auf allen Ebenen, aber insbesondere unten, zu ergänzen und jene, die vorher schon da waren, aufsteigen zu lassen. Relative Armut hat ein ethnisches Gesicht bekommen. Deswegen ist ein großer Teil der Fremdenfeindlichkeit Armenfeindlichkeit. Dem alten Satz „Armut macht fremd und Fremdheit macht Angst“ müsste man davor setzen: „Einwanderung macht arm.“ Ein Universitätsabsolvent von außerhalb der EU15 verdient ungefähr gleich viel wie ein inländischer Lehrabsolvent, weil er nicht den adäquaten Job und – genauso wie Frauen – die gläserne Decke über sich hat. Und: Es gibt die klare Erwartung in der Gesellschaft, dass die Inländer die Chefs sind. Selbstständigkeit ist für den beruf-

lichen Aufstieg gut; Selbstständige sind eher qualifikationsadäquat beschäftigt.

#### Wie schwer oder leicht fällt es MigrantInnen, überhaupt Arbeit zu finden?

Es wird ein klarer Trennstrich gezogen zwischen denen, die arbeiten dürfen, und denen, die nicht dürfen. Das Nichtdürfen ist sehr stark auf Asylwerber konzentriert. In den letzten Jahren hat man für den Familiennachzug wesentliche Hindernisse beseitigt. Es ist aber

**Es gibt die klare Erwartung, dass die Österreicher die Chefs sind. Qualifikation spielt da eine Nebenrolle.**

für Ehepartner immer noch ein Problem, dass sie für fünf Jahre an den Ehepartner gekettet bleiben und wenn sie die Ehe verlassen, keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben und das Aufenthaltsrecht verlieren.

#### Und Diskriminierung?

Diskriminierungstests der Internationalen Arbeitsorganisation ILO der UNO zeigen, dass ein Hauch von einem Akzent genügt, um von circa 40 Prozent der Betriebe nicht mehr in Betracht gezogen zu werden, und sich die Firmen nicht erkundigen, welche Ausbildung, berufliche Erfahrung oder soziale Kompetenz man hat. Viele Arbeitgeber entscheiden auf Basis von billigen Vorurteilen und fragen sich nicht, wer die oder der am besten Qualifizierte ist. Das schlägt sich aber nicht in der Arbeitslosenstatistik nieder. Der eine bekommt nach einem Anruf die Chance auf einen Job, der andere eben erst nach drei oder fünf Anrufen.

#### Viele Menschen haben Angst, dass uns MigrantInnen Arbeitsplätze wegnehmen.

Die Angst ist ein vordergründiges Argument, um Abneigung zu begründen. Es hat in den letzten 50 Jahren zwar viel Verdrängung gegeben, doch sie war fast zur Gänze keine aus dem Arbeitsmarkt hinaus, sondern hinauf in der sozialen Hierarchie. Dadurch, dass es quasi beschlossene Sache war, dass die Ös-



**Es hat in den vergangenen 35 Jahren viel Verdrängung gegeben; nach oben in der sozialen Hierarchie.**

reicher die Chefs der Ausländer sein sollen, sind mit ausländischen Arbeitskräften in Hilfs- und Anlertechniken die Inländer in die mittleren Positionen aufgestiegen oder haben in die besser bezahlten Hilfs- und Anlertätigkeiten gewechselt.

#### **Kinder von MigrantInnen in der Schule sind ein heißes Thema. Übertrieben?**

Zahlenmäßig ist das in Wien nicht übertrieben. In Wien ist in jeder Altersgruppe unter 35 Jahren die Mehrheit der Bevölkerung entweder im Ausland geboren oder hat zumindest einen im Ausland geborenen Elternteil. In der Altersgruppe unter zehn Jahren sind es bis zu 65 Prozent. Die Diskussion über Sprache in der Schule wälzt den Anpassungsbedarf ganz auf Kinder und deren Eltern ab. Bis heute sind in pädagogischen Akademien alle Fächer, die mit Einwanderung zu tun haben, Wahlfächer. Das ist 50 Jahre nach Beginn der Anwerbung im Ausland keine zufriedenstellende Situation. Lehrer in Österreich werden für eine rein einsprachige Situation ausgebildet, die nicht der Realität entspricht, und sind dann verständlicherweise überfordert und er-

bost, wenn sie in die Realität entlassen werden. Es ist grobe Fahrlässigkeit, dass man in der Lehrerausbildung nichts gemacht hat. In der öffentlichen Diskussion zu sagen, die Ausländer sind schuld, halte ich für eine Sauerei.

#### **Das heißt, es geht um mehr als Sprachprobleme?**

Die schwarzblaue Regierung hat das mit dem Deutsch seinerzeit zum Thema gemacht und das ist mit großem Genuss breit aufgegriffen worden. In der Schule ist Sprache nur dann ein Problem, wenn man nicht weiß, wie man damit umgeht. Kinder sind in der Lage, sehr rasch Sprachen zu lernen. Es muss aber einen Anreiz geben. Dazu muss Akzeptanz da sein. Man wird nicht die Sprache derer lernen, die auf einem herum trampeln und einen wegen jeder Kleinigkeit, für die man nichts kann, blöd anreden.

#### **Wie könnte man weg von der Ethnisierung sozialer Konflikte und hin zu Problemlösungen kommen?**

Es gibt in Österreich enormen Stolz auf die Sozialpartnerschaft. Es bräuchte auch im Ein-

wanderungs- und Integrationsbereich sowas wie Partnerschaft. Da sollte man eine Partnerschaft der Betroffenen – also derer, die diskriminieren und derer, die sich diskriminiert fühlen – über formale Organisationen einrichten. In Irland hat man dafür eine gute Lösung gefunden: Man hat die Kernpartnerschaft auf etwa 25 Mitglieder erweitert. Da sitzt eine ganze Anzahl von NGOs aus Diskriminierungsbereichen drinnen.

#### **Was würden Sie jemandem entgegen, der sagt, dass das Boot voll ist?**

Die vielleicht sarkastische Gegenfrage ist, warum ausgerechnet jetzt? Dass das Boot voll sei, wird in Österreich seit 1918 gesagt. In den 90 Jahren seither ist Jahr für Jahr der empirische Nachweis erbracht worden, dass es nicht voll ist. Wer sagt, es sollte von jetzt an keine Einwanderung mehr geben, kann eigentlich auch der Einwanderung in der Vergangenheit nicht positiv gegenüber stehen. Doch wie weit zurück hätte die Einwanderung gestoppt werden sollen? Da wird die Wahrscheinlichkeit relativ groß, dass die Person, die man vor sich hat, selbst nicht da wäre.

## Es geht um Machterhalt.

# Schlüsselübergabe

Überaltete Funktionäre in Resopal-Sektionen wundern sich, warum es ihnen nicht gelingt, „die Ausländer“ zur Mitarbeit zu gewinnen. Was läuft schief im Gemeindebau?

KOMMENTAR: CHRISTIAN TORDY

Ein Gespenst geht um in Wien – das Gespenst des Türken, der Wien übernehmen mag. Zugegeben: Das Gespenst kennt man nicht nur in Wien, sondern in ganz Europa. Und doch hat es in dieser Stadt eine besondere Strahlkraft. Was zwei Türkenbelagerungen nicht geschafft haben, gelingt mit Hilfe der EU ohne Aufwand. Der Türke wohnt bereits im Gemeindebau und eignet sich durch geschickte Familien- und Besiedelungspolitik Stiege um Stiege, Bau um Bau an. Selbstverständlich mag er seine Sitten und Gebräuche nicht aufgeben, sondern trachtet danach, seinen Lebensstil den Alteingesessenen aufzudrücken. Aufsässig ist er und unverständig den Werten und Normen der „Unsrigen“ gegenüber. Solche und ähnliche Rede haben die MitarbeiterInnen der „Gebietsbetreuung Städtische Wohnhausanlagen“ immer wieder hören müssen und immer wieder haben sie solche Eröffnungen zum Anlass genommen, genauer hinzuhören. Anlass für diese Schmähungen waren meist konkrete Anliegen. Nichts davon wäre großartig zu werden gewesen, wenn die Kommunikation mit der Hausverwaltung oder den NachbarInnen funktioniert hätte. Beides hat aber nicht geklappt. In ihrer Rage hat sich dann die gewöhnliche GemeindebaumietterIn im Ton vergriffen, und „den Türken“ für all das Übel verantwortlich gemacht. Der war nachgewiesenermaßen nicht schuld am fehlenden Grünschnitt oder an der ausgefallenen Lampe im Stiegenhaus; selbst am Lärm in Nachbarns Wohnung ist er nur insofern beteiligt, als jetzt, nach zehn Jahren Stille-vor-sich-hin-Siechens die VormietterIn verstorben ist, und nun eine Jungfamilie die Wohnung und die Gemeinschaftsflächen widmungsgemäß verwendet. Es mag sein, dass diese Jungfamilie türkische Wurzeln hat. Der Lärm aber, der von ihr emittiert wird, ist der, den jede junge Familie produziert. Das wissen auch

die alteingesessenen BewohnerInnen und gegen die konkrete Familie haben sie auch nichts. Fürchterlich enttäuscht aber sind sie über die Erkenntnis ihrer zunehmenden Bedeutungslosigkeit: Damals war alles besser. Nichts konnte die sozialistische Dreifaltigkeit „Partei, Sektion und Gemeindebau“ trennen. Nichts, was nicht der Zeitenlauf und manche Lebenserfahrung angestoßen hat. Die Studien der letzten Zeit zum Thema „Gemeindebau“ sagen aus, dass die BewohnerInnen mit ihrer Wohnsituation im Großen und Ganzen zufrieden sind. Selbst hoch problembehaftete Gemeindebauten kennen nicht mehr als eine Handvoll Unzufriedene. Wo also ist das Problem? Es entsteht durch den Fokus. Aus sozialarbeiterischer Sicht geht es darum, Begegnungsräume zu schaffen, die den Schwachen Platz und Stimme geben; die Aushandlungsprozesse ermöglichen, die für

die Beteiligten tragbar sind; in denen Verantwortliche benannt und Entscheidungen kommuniziert werden können. Manche dieser Entscheidungen wären mühsam und bräuchten PolitikerInnen, die sich beispielsweise städteplanerische Sünden und bauliche Fehler beim Namen zu nennen trauen und mutig Lösungen suchen.

Aus politischer Sicht geht es um Machterhalt. Im gängigen Politikverständnis wird Macht mit Machen gleichgesetzt. „Machen“ bedeutet in diesem Fall, auf einen Impuls reflexartig zu reagieren, zum Beispiel mit „des wer'n ma schon mach'n“. Dass sich dabei die Interaktion auf zwei alte und offensichtlich moribunde Systeme beschränkt, lässt sich von außen gut beobachten, aus der Innensicht ist es offensichtlich nicht wahrzunehmen. Überaltete Funktionäre in Resopal-Sektionen, die ihre beste Zeit hinter sich haben, wollen sich um die laut vorgetragenen Beschwerden ihrer ehemaligen Mitglieder kümmern und fragen sich ganz verwundert, warum es ihnen nicht gelingt „die Ausländer“ zur Mitarbeit zu gewinnen.

Machen heißt im Fall des handelnden Wohnbaustadtrats das Hinhören und Handeln hinsichtlich seiner PR-Abteilung zu übertragen. Nicht nur, dass er sich damit der politischen Kontrolle über die Gemeinwesenarbeit beraubt, befördert er die Produktion des hohlen Scheins und somit das Unbehagen seiner potenziellen WählerInnen vor der Politik.



Christian Tordy, Ko-Geschäftsführer der „TGT – Agentur für soziale Arbeit“, war im Auftrag der Stadt Wien drei Jahre lang für die Gebietsbetreuung der Wiener Gemeindebauten verantwortlich. Ein ausführliches Interview findet sich in der Zeitschrift MALMOE, [www.malmoe.org](http://www.malmoe.org)  
Illustration: Petja Dimitrova



## Neuer Caritas-Chef

Bernd Wachter trat mit 1. Jänner als Caritas-Generalsekretär die Nachfolge von Stefan Wallner an. Der ehemalige Journalist tritt gegen den Trend der „achselzuckenden Gleichgültigkeit“ an, mit der armutsgefährdeten Menschen zunehmend begegnet würde.

©Alexandra Pawlöff

## STUDI-PROTESTE

### Das Geheimnis des Erfolges

Noch einmal zu den Uni-Protesten, über deren Dimension und Nachhaltigkeit sich so manche BeobachterIn überrascht gezeigt hat. Die ÖH, also die offizielle Studierendenvertretung, war abgemeldet. Ein autonomes Netzwerk studentischer Gruppierungen organisierte sich selbst und erarbeitete, glaubt man den ZeugInnen der Aktionen, in einer beeindruckenden Vielzahl von Arbeitsgruppen sehr konkrete Forderungen. PressesprecherInnen wechselten täglich, ebenso wie Plena-Delegierte, so dass niemand durch die Konzentration von Aufgaben zu mächtig wurde. Aber

auch um die Entstehung informeller Kommunikationsflüsse zu verhindern. Der Protest wurde nicht-hierarchisch, netzwerkartig, flach, dezentral und mit vielen Knotenpunkten organisiert. Selbst für das Rektorat der Uni, gegen das die Forderungen sich explizit nicht richteten (es ging darum, O-Ton: „den Hahn zu rufen“; der ist mittlerweile in Brüssel.), wurde es schwierig, AnsprechpartnerInnen zu finden. Rektor Georg Winckler hätte, so die Streikenden, schon selbst in das Audi-Max kommen müssen, um sich dort an das Plenum zu wenden. Die Proteste zeigten,



©sAgd

wo die Stärken eines Netzwerks liegen: in der Fähigkeit, Widersprüche zu überbrücken und heterogene Teile zu integrieren. Gelänge es, hunderte Knotenpunkte in der Bevölkerung zu aktivieren, wäre auch außerhalb der Uni einiges möglich. *gun/phs*



©Karin Wäsner

## Neue Kurse bei Amnesty

Die Amnesty International Academy bietet 2010 wieder Workshops zu Menschenrechten, Antidiskriminierung und Zivilcourage an. Neu: die Menschenrechtswerkstatt, in der Grundlagenwissen vertieft und aktivistische Potenziale geschärft werden. Mehr auf: [www.amnesty.at/academy](http://www.amnesty.at/academy)

## Ethnic profiling kritisch beleuchten

Bis 2011 werden 30.000 PolizistInnen im Rahmen des Projekts „Polizei.Macht. Menschen.Rechte“ im Umgang mit Menschenrechten geschult. Die Anti-Rassismus-Initiative ZARA fordert, dass auch eine kritische Auseinandersetzung mit Ethnic Profiling in das Programm aufgenommen wird.

## Kirchen laden zu Schubhaftgipfel

Österreichs Kirchen planen im Februar einen Gipfel zur Schubhaftbetreuung. Da die Verträge zwischen Diakonie sowie Caritas und dem Innenministerium ausgelaufen sind, fordern Kardinal Schönborn und Bischof Bünker die Erneuerung des Zugangs zu den Polizeianhaltezentren, in denen Flüchtlinge inhaftiert sind.

## NEUES VON DER BOCK



Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein.  
Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos.  
Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: ANDREAS BACHMANN, BILD: ISABELL BICKEL

### MORD AUF ETAPPEN

Der Mann mit dem Kopftumor war auch eine schlimme Geschichte. Jahrgang 1977 aus Tschetschenien mit Frau und vier Kindern. Er sollte operiert werden und hat dreimal den Termin verpasst, weil er davor jedes Mal in Schubhaft genommen wurde, immer nur für ein paar Tage und dann wieder. Die Behörden sollten sich schon einmal Gedanken machen, wen sie warum in Schubhaft nehmen. Er hat immer eine Krankenversicherung gehabt und war dann mit einem neuen Termin endlich zur Voruntersuchung im Spital. Dort haben sie ihm dann erklärt, dass sie ihn nicht operieren können, weil er nicht versichert ist. Ich ruf daraufhin in Traiskirchen an und bekomme gesagt, dass das Verfahren eingestellt worden ist und deshalb hat er jetzt keine Versicherung mehr. Ich sag denen, der Mann ist todkrank, das ist ja Mord auf Etappen, was da passiert. Also sagen sie, er soll einen Folgeantrag stellen, dann ist er wieder im Verfahren und versichert. Die Versicherung hat er dann wieder bekommen, aber den Termin wegen der dritten Schubhaft wieder versäumt. Inzwischen hat der Arzt gesagt, der Tumor ist inzwischen so groß, dass eine Operation gefährlich ist. Er empfiehlt nur eine Bestrahlung. Warum wir diese Dinge so handhaben, das verstehe ich nicht. Aber ist halt nur ein Fremder, oder?

### TRAISKIRCHEN GANZ COOL

Jetzt gibt es laut Statistik weniger Asylwerber, weil einfach mehr weggeschickt werden. Aber die Anzahl der Fremden in Österreich ist ja gleich geblieben. Neulich hab' ich eine Familie mit vier Kindern gehabt, die haben dreimal Anträge gestellt, alle abgelehnt. Dann sind sie nach Schweden. Dort hat man festgestellt, dass Österreich zuständig ist, also sind sie wieder zurück. Man hat sie nach Traiskirchen gebracht, wo sie wieder einen neuen Antrag stellen wollten. Das war an einem Donnerstag und man hat ihnen gesagt, am Dienstag ist Termin, bis dahin mussten sie sehen, wo sie bleiben. Ohne Geld, ohne Obdach, mit nichts. Also sind sie zu mir gekommen und wir haben einen Platz für das Wochenende gesucht. Dann sind sie wieder nach Traiskirchen gefahren, der Termin war aber auf nächsten Montag verschoben. Also musste ich sie wieder unterbringen und ich habe das auch geschafft.

Aber: Was soll denn das bitte? Mit welchem Geld bezahlen die die Fahrten nach Traiskirchen oder das Essen für die Kinder? Normalerweise müsste Traiskirchen die sofort aufnehmen, aber die sagen einfach Folgeantrag und schmeißen sie raus. Wahrscheinlich denken sie, sie würden eh schon länger hier leben, aber die Familie kam ja gerade aus Schweden zurück.

### FADENSCHHEINIG

Dazu kommt, dass man die Leute auf dumm hält und keine Ausbildungen zur Verfügung stellt. Dass die Politik sagt, es gibt Bildungschancen, ist eine glatte Lüge. Ausländer dürfen über die Pflichtschule hinaus nichts machen. Von mir wird verlangt, ich soll einige Leute rauswerfen, die schon länger bei mir sind. Ich frage, wie soll ich das machen, der hat ja dann nix. Mir wird dann erwidert, dass der ja wohl irgendeine Schwarzarbeit haben wird.

Also soll ich jetzt meine Leute zur Schwarzarbeit aufrufen, oder was? Gerade für Asylwerber ist es schwer, weil sie keine Rechte haben. Vorhin war einer hier, der hat schwarz auf dem Bau gehackelt und nach einer Woche hat der Chef ihn rausgehaut. Der hat keinen Cent bekommen für die Arbeit, weil der Chef wusste, mit dem kann man das machen. Bei solchen Dingen müsste das Rote Wien einmal aufstehen. Aber ich glaub', keiner will sich in die erste Reihe wagen und sagen: So wollen wir das nicht. Und: Wir haben ein Flüchtlingsproblem. Ich glaube immer noch, wenn man die Leute ordentlich versorgen würde, dann hätten wir auch weniger Kriminelle darunter. Dann würde man sich auch die fadenscheinige Begründung ersparen, dass man gegen Kriminalität vorgeht, indem man das Asylgesetz verschärft.

FILM

Liebe mit Ablaufdatum

Islam einmal anders: Geistliche plaudern munter über Sexualität, die für Menschen genauso wie für Tiere ein grundsätzliches Bedürfnis sei. Die Ehe auf Zeit leistet Abhilfe: Vom Propheten für die männlichen Pilgerreisenden auf dem Hadsch erfunden, um ihnen sexuelle Kontakte auch ohne die daheim gebliebenen Ehefrauen zu ermöglichen, hat sie sich in der Schi'a bis heute erhalten. Mann und Frau erklären vor Gott – beglaubigt durch einen Geistlichen oder auch nicht – dass sie für eine bestimmte Zeitdauer eine Ehe eingehen. Die österreichisch-iranische Filmemacherin Sudابه Mortezaei geht in ihrem munteren Dokumentarfilm „Im Bazar der Geschlechter“ dem Phänomen nach und findet tatsächlich Zeitehepaare, die vor die Kamera treten. An den Bildern wird deutlich, wie Herrschaft teilt: Während die Mullahs bis zu Groß-Ayatollahs ganz frei die Fragen der Zeitehe („sig-heh“) bis ins kleinste Detail diskutieren – Braucht eine Frau, die „Second Hand“ ist, die Erlaubnis des Vaters? – tun sich die Paare schon schwerer. Die tabuisierte Praxis zwischen temporärer Lustbarkeit, langjähriger Beziehung und Prostitution aus ökonomischer Not

macht die Anwesenheit der Kamera spürbar: Verhaltene Blicke wechseln mit überraschend offenen Szenen. Der Titel des Films verweist auf den ökonomischen Tauschcharakter dieser Beziehungen und ein Gender-Ungleichgewicht: Während Männern das legitime Recht zur gottergebenen sexuellen Erfüllung mehrere Zeitehen zugleich führend dürfen, ist Frauen nur eine erlaubt. Gezeugte Kinder sind zwar legitim, verpflichten den Mann aber zu keinen Unterhaltszahlungen. Derartige rechtliche Fragen streift „Bazar der Geschlechter“ allerdings nur. Die Erzählung bleibt nahe an der ambivalenten Person eines Mullahs (ist er besonders smart oder naiv?) und den portraitierten Zeiteheleuten dran. Kulturelle Paradigmen und religiöse Erklärungen lässt Mortezaei großteils beiseite. Ein Film, der die Unmittelbarkeit der Szenen auskostet – wenn etwa eine Frauenrunde kokett über den Geistlichen lacht, dieser verschmitzt abwehrt – und dabei immer auch aufzeigt, wie sensibel die gesellschaftliche Balance in der Islamischen Republik Iran beständig neu ausgelotet werden muss. Schaltet doch die Kamera ab, sagt der Mullah, wollt ihr denn alles zeigen? *gun*  
**Ab 15.3. im Kino**

Der Mullah in der Videothek: Spielfilme thematisieren die Zeitehe



Bild: Pool Filmverleih

POPULÄRKULTUR



Karin Wasner ©Privat

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Karin Wasner ist Fotoredakteurin beim Falter Verlag und arbeitet seit einigen Ausgaben als Fotoredakteurin und Fotografin für MO.

5 Dinge, auf die wir im neuen Jahrzehnt gerne verzichten:

- 1 Ratgeber. „30 Minuten für optimales Zeitmanagement“ und „Effektiver Leben“.
- 2 80er Jahre Hits und Irgendwer-sucht-Irgendwas-das-mit-Super-beginnt-Fernsehsows.
- 3 Fekters Asylpolitik und Straches Politik im Allgemeinen.
- 5 SUVs als Fluchtfahrzeuge für krisengebeutelte Urbanmenschen.
- 5 Burn-Outs.

5 Dinge, die ich im nächsten Jahrzehnt keineswegs missen möchte:

- 1 Unabhängige Medien. 3sat.
- 2 Frittatensuppen.
- 3 Intelligenz.
- 4 Open-Air-Konzerte. Zum Beispiel in der Arena.
- 5 Grün. Im Sinne von Natur. Und im Sinne einer Geisteshaltung.

Und sonst?

Weniger Salz streuen, mehr Scrabble spielen, weniger Hennen essen, mehr herumspazieren, weniger fernsehen, mehr mini-golfen, weniger reden, mehr tun.

# POPULÄRKULTUR

## FILM

### Bock for President!

«Wenn ich nicht mehr kann», wird die Wiener Flüchtlingshelferin Ute Bock im Abspann dieses

Nein sagen kann, weiß jeder, sogar sie selbst. Ihr Verein stellt hunderten Flüchtlingen Wohnungen zur Verfügung, versorgt Menschen, die plötzlich vor der Türe stehen: Nach Hungerstreiks

Elternhaus. Die Frage, wer diese Frau Bock eigentlich ist, wird durch ihr eigenes Tun beantwortet. Das Private und das Politische, also ihre Arbeit, lassen sich nicht trennen. *gun*  
Seit 15. Jänner im Kino.

nig überraschend, wird Wallraff fündig. Die Wohnungsvermieterin will ihn nicht, die Juwelierin gibt die Golduhr nicht aus der Hand. Immerhin geben die Nazi-Hools dem falschen Afrikaner vor dem Stadion keine aufs Aug. Wohl wegen der Polizeipräsenz. Irritierend ist aber vor allem Wallraff selbst: Mit der schwarzen Farbe im Gesicht, ausgesuchter Ethnokleidung und einem Verhalten, das an Unterschichtsdeutsche aus Doku-Soaps erinnert, macht er sich selbst rassistischer Zuschreibungen verdächtig. Und liefert den besten Grund dafür, den eigenen Rassismus reflexartig von sich zu weisen. Nichtweiße mit Alltagsrassismus-Erfahrung gäbe es jedenfalls genug. *red*



Bild: Stadtkino

Frau Bock und die Regisseure Allahyari.

## FILM

### Schwarz auf Weiß

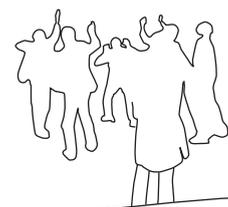
Günther Wallraff hat einst als investigativer Journalist Brisantes zutage gefördert. Als türkischer Gastarbeiter in „Ganz unten“ hat er die Nation durchgerüttelt. In „Schwarz auf Weiß“ legte er sich nun ein Blackface an und mischte sich erneut unter das deutsche Volk. Um dessen Alltagsrassismus bloßzulegen. We-

Films sagen, «möchte ich eine gütige Straßenbahn erwischen, die mich zusammenführt.» Einer entschiedenen Handbewegung folgt ein spitzes Lachen. Verdichtete Bilder wie dieses gibt es in Bock for President zuhauf. Da überlagert sich einiges: grenzenlose Hilfsbereitschaft und die permanente Überlastung der eigenen Möglichkeiten. Psychischer Dauerstress und rauer Humor. Schließlich die dramatischen Defizite staatlicher Migrationspolitik und eine einfache Frau, die diese Lücken als höchstpersönliches, schillerndes Zeichen permanent signalisiert.

Einen Film über Frau Bock zu drehen ist ein gewaltiges Unterfangen. Nicht aus logistischer Sicht, das Epizentrum ihrer Arbeit lässt sich ganz gut eingrenzen. In ihrem Vereinsbüro in Wien in der Großen Spierlgasse arbeitet die Pensionistin fast rund um die Uhr, dort übernachtet sie oft auf einem Klappbett. Dass Frau Bock niemals

einfach entlassen, in der Bundesbetreuung nicht mehr erfasst, verängstigt vor Behörden oder schlicht verzweifelt. Für einen kleinen Betrieb, für eine rastlose Frau, kaum zu bewältigende Aufgaben. Eine Welt voller unsichtbarer Schicksale, dramatischer Biografien, kaum verständlicher Rechtsnormen, spontaner Entscheidungen.

Das in einen Film zu packen, ist kein Leichtes. In Bock for President ist es nicht immer einfach, sich zurechtzufinden. Menschen kommen und gehen, oft anonym, nur mit biografischen Spuren versehen, Schauplätze wechseln unvermittelt, manches lässt sich erahnen, Szenen verstören durch ihre Uneindeutigkeit. Da zwischen Frau Bock, auf Solidaritäts-Festen, auf Besuch bei Familien, eingegraben in ihrem Büro zwischen wuchernden Papierbergen. Auch ein paar private Einsprengsel mischen sich in den Film, Frau Bock erinnert sich mit ihrer Schwester an das



## Spielt nicht mit dieser Welt!

Die derzeitige Form der Globalisierung geht an den Menschen vorbei. Einer kleinen Gruppe von GewinnerInnen steht eine große Mehrheit von VerliererInnen gegenüber. Die „Freiheit“ der Investoren geht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt, der kulturellen Eigenständigkeit und zu Lasten der Frauen.

Dies ist kein Naturgesetz. Wirtschaft ist für alle da, und sie geht uns alle an. Attac zeigt Entwicklungen auf und bietet Alternativen.

Denn Globalisierung braucht Gestaltung.

Bei Interesse schicken wir Ihnen gerne Informationsmaterial zu.  
Kontakt: E-Mail [infos@attac.at](mailto:infos@attac.at),  
Telefon 01/544 00 10

**%attac.at**

# Differenzen verschlucken

Wann kommt das Modell der Wohnbürgerschaft, wie es auf EU-Ebene bereits existiert, für alle Menschen des Landes?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK

Chancengleichheit, das ist so etwas wie eine Grundvoraussetzung für Demokratien. Gleiche Rechte sind nicht die Belohnung für „Integration“, sondern ihre Voraussetzung. Es geht um Gleichheit vor dem Gesetz, politische Gleichheit, soziale Teilhaberechte. Was läuft schieb in der Zugungsdiskussion? Dass die Debatte nicht von einer republikanischen Konzeption von Integration ausgeht, in der nicht die Herkunft, sondern der Lebensmittelpunkt des Menschen entscheidend ist. Das Prinzip, dass bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte gelten müssen – ganz an der alten Forderung der amerikanischen Revolution „no taxation without representation“ ausgerichtet –, begründen so ein Modell der Wohnbürgerschaft. EU-BürgerInnen können sich jetzt schon daran orientieren.

Natürlich: Es bleibt das alltägliche Zusammen-gegenseinander-leben-müssen, das alltägliche Zusammen-gegenseinander-arbeiten-müssen, das alltägliche Zusammen-gegenseinander-wohnen-müssen, das alltägliche Zusammen-gegenseinander-aufwachsen-müssen. Es bleibt, dass „Multi-Kulti“ nicht in den Vorstädten, sondern im Restaurant des Zentrums stattfindet. Dort, wo es nicht um Konflikte geht, sondern um die Aufhebung der Langeweile in der Vielfalt. Dort, im Zentrum der Städte, wo „die Fremden“ Leute sind, die man „für die angebotenen Dienste und für das Recht bezahlt, diese zu beenden, sobald sie keinen Spaß mehr machen“ wie der Soziologe Zygmunt Baumann formuliert. Man will die Differenzen verschlucken, indem man sie als Geschmacksunterschiede genießt.

Die Figur der Toleranz muss hinterfragt werden, wenn sie die Macht- und Ohnmachtsverhältnisse, die es vor Ort gibt, nicht ernst nimmt. Was bleibt, ist die Tatsache, dass viele Leute nicht in der Lage sind, sich auszusuchen, wem sie begegnen und für wie lange, und nicht dafür zahlen können, dass ihre Entscheidungen respektiert werden.

Menschen ohne Macht, die die Welt als Falle und nicht als Abenteuerpark erleben. Es bleibt, dass Einkommensarmut im selben Maße wie sozialer Aufstieg von der jeweils besser gestellten Gruppe als Bedrohung interpretiert wird. Es bleibt, dass „Ausländer“

als homogene Gruppe dargestellt werden, obwohl sie in ihren Lebensstilen gegensätzlicher, unterschiedlicher und widersprüchlicher nicht sein können.

Es bleibt, dass politisch-religiöser Fundamentalismus genauso wie die Praxis der Sündenbockideologie in Konflikt mit einer offenen Gesellschaft stehen. Die sozialen Konflikte sind mit Gleichberechtigung nicht gelöst. Die kulturellen auch nicht. Die Voraussetzung aber wäre geschaffen, dass sie unter Gleichberechtigten ausgetragen werden können.



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich  
Illustration: Petja Dimitrova



**metis.**

die virtuelle Arbeitsrechts-Beraterin

[wien.arbeiterkammer.at](http://wien.arbeiterkammer.at)



## Roma- Diskurse Rassismus in Zeiten der Krise

21. Jänner 2010 | 16.30 – 20.00 | **Tagung**  
20.30 | **Konzert mit Trival, SK**

Albert Schweitzer Haus, Schwarzspanierstr. 13, 1090 Wien

### Hintergrund

Anschläge gegenüber der größten Minorität in Europa, den Roma und Sinti, haben 2009 dramatisch zugenommen. Die Roma Communities werden als vermeintlich Schuldige sozialer und ökonomischer Probleme präsentiert. Die Tagung erörtert den Status Quo der Roma in Österreich und unserer südosteuropäischen Nachbarländer. Zudem sollen notwendige Schritte zur Emanzipation von Roma und Sinti in Europa diskutiert werden.

### Tagung

16.30 – 16.45 Uhr | **Eröffnung**

Begrüßung: **Walter Posch**, Direktor des vidc  
Zum Programm: **Michael Fanizadeh**, vidc

16.45 – 18.15 Uhr | **Panel 1**

### Soziale Integration in Zeiten der Krise

**Mirjam Karoly**, Mitglied des Volksgruppenbeirats für Roma in Österreich  
**Stanko Daniel**, European Roma Rights Centre (ERRC), Slowakei  
**Michail Beis**, FRA - European Union Agency for Fundamental Rights  
**Christa Achleitner**, Bundeskanzleramt Österreich (angefr.)  
Moderation: **Cornelia Kogoj**, Initiative Minderheiten

18.15 – 18.30 Uhr | Kaffeepause

18.30 – 20.00 Uhr | **Panel 2**

### Verfolgung und kulturelle Identität

**Valeriu Nicolae**, European Roma Grassroots Organization Network, Rumänien  
**Éva Kovács**, Kulturanthropologin, Ungarn  
**Rudolf Sarközi**, Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma  
**Iovanca Gaspar**, Stadt Wien, MA 17 - Integrations- und Diversitätsangelegenheiten  
Moderation: **Gerhard Baumgartner**, Historiker

Konferenzsprachen: Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung

20.00 – 20.30 Uhr | Buffet

### Konzert mit Trival, SK

Trival ist eine NGO in Košice, die Bildungsprojekte mit Roma-Kindern und Jugendlichen durchführt. Daraus entstand vor drei Jahren die Musikgruppe Trival mit dem Ziel, alte slowakische Romalieder neu zu interpretieren. „Wir möchten unsere Gefühle aber auch Probleme zum Ausdruck bringen und mit neuen Liedern vor allem ein junges Publikum ansprechen“, beschreibt Bandgründer František Eku Mižigár das Projekt.



**Renata Hricková Kraňáková** – vocals, **Silvia Bundová** – vocals,  
**František Eku Mižigár** – vocals, **Marek Horvath** – guitar,  
**Joseph Žaludek** – guitar, **Róbert Horváth** - bass

Um Anmeldung wird gebeten: [fanizadeh@vidc.org](mailto:fanizadeh@vidc.org) | [www.vidc.org](http://www.vidc.org)



finanziert durch die  
**Österreichische**  
Entwicklungszusammenarbeit

### BUCH



## Der Krieg geht weiter

Das Fragezeichen im Titel des Sammelbandes „Dem Krieg entkommen?“ deutet bereits an: Die TschetschenInnen, die aus ihrem Land flüchten, um in Österreich Asyl zu suchen, nehmen den Krieg mit. Zwar wurde der 1999 begonnene zweite Tschetschenienkrieg bereits 2000 von Russland als beendet erklärt, doch das Leben in Tschetschenien ist gekennzeichnet von Terror und Gewalt unter der Willkürherrschaft Ramzan Kadyrows. „Wer sich Kadyrow nicht beugen und den islamischen Rebellen nicht anschließen will, hat in Tschetschenien keine Perspektive“, sagt der Kulturanthropologe Herwig Schinnerl, der gemeinsam mit dem Politologen Thomas Schmidinger den Sammelband herausgegeben hat.

29 AutorInnen beschäftigen sich darin aus unterschiedlichen Perspektiven mit der Situation in Tschetschenien selbst und der der tschetschenischen Flüchtlinge in Österreich. So werden beispielsweise Fluchtmotive und

Leben im Aufnahmeland in Beziehung gesetzt oder die Veränderung kultureller Werte durch die Flucht untersucht. In Österreich leben 20.000 TschetschenInnen, die größte Gemeinde in Westeuropa, rund 300.000 TschetschenInnen haben ihr Land seit 1991 verlassen. Auch wenn die Menschenrechtssituation in Tschetschenien nach Einschätzung von UNHCR und Amnesty International katastrophal ist, ist die Anerkennungsquote in Österreich von 80 Prozent 2007 auf 33 Prozent 2009 zurückgegangen. Dieser Rückgang entspricht einem allgemeinen europäischen Trend – der Krieg in Tschetschenien ist ja offiziell zu Ende. Diejenigen, die es schaffen, in Österreich Asyl zu finden, sind mit neuen Problemen konfrontiert. „Aus Tschetschenien kommen Flüchtlinge, die in ihrer Heimat häufig Repression und Folter ausgesetzt waren und psychotherapeutische Betreuung benötigen. Hier treffen sie auf Diskriminierung und generalisierende Vorurteile,“ so Schinnerl. Offenbar findet der beendete Krieg in Tschetschenien in Österreich für die Flüchtlinge eine Fortsetzung. *cat*

Herwig Schinnerl,  
Thomas Schmidinger (Hg.)

**Dem Krieg entkommen?  
Tschetschenien und TschetschenInnen in Österreich**  
Verein Alltag Verlag, Wr. Neustadt  
**371 Seiten, 19,90 Euro**

## SPOTLIGHT

# Allein mit Gottes Segen

Er unterstützte Arigona Zogaj auf Wunsch der ÖVP. Als diese ihren Kurs änderte, half er dennoch weiter. Gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin. So ist er eben: Pfarrer Josef Friedl.

TEXT: NINA WITJES

Josef Friedl ist der wohl bekannteste Pfarrer Österreichs. Ein zweifacher Tabubrecher: Zeitweise als Protegé von Arigona Zogaj engagiert, bekannte er sich jüngst auch öffentlich dazu, seit Jahren mit einer Frau zusammenzuleben. Seine Anstellung hat er dadurch bislang nicht verloren, aber bereitwillig für mehr Offenheit riskiert. Skandalisierungen scheinen den tapferen Pfarrer aus dem oberösterreichischen Ort Ungenach nicht zu entmutigen, schon früh bezog der Mann klare Standpunkte. Es war im Jahr 1968, als Josef Friedl die Priesterweihe empfing. Im gleichen Jahr erschien die Erzählung „Ungenach“, von Thomas Bernhard, eines anderen Unbequemen. Während der eine Unfreiheit im Internat erlebte, schrieb der Andere über beklemmende Verhältnisse im selben Ort. Sie hätten sich treffen sollen, bei einem Glas Wein, vielleicht. Einer der beiden sagte über Österreich: „Der geistige Horizont ist so klein wie das Land selbst.“ Das war ausnahmsweise nicht Bernhard.

Als die Not groß war, gewährte Friedl der Oberösterreicherin aus dem Kosovo, Arigona, „Kirchenasyl“. Er unterstützte sie, gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin, psychologisch und menschlich und mischte sich auch leise in die Politik ein. Dabei soll es doch die ÖVP gewesen sein, die den heute 66-Jährigen um seine Dienste gebeten hatte. Als Arigona untertauchte und mit Selbstmord drohte, war das für Günther Platter unbequem. Dabei habe dem damaligen Innenminister der Apfelstrudel im Ungenacher Pfarrhof gemundet. Leider konnte er sich später daran nicht mehr erinnern. Als Stimmung gegen Arigona gemacht wurde, wurde auch jeder Kontakt zu



Pfarrer Friedl: ein Mensch des Jahres. © Florian Klenk

Friedl abgestritten. Friedl selbst weiß: Platter hat sich persönlich mehrmals bei ihm bedankt. Die Vergesslichkeit der Parteigranden hat den Pfarrer verletzt. Er bezweifelt, dass ÖVP-PolitikerInnen ihm jemals wieder in die Augen schauen können.

## Große Leistung

Der Behördenbeschluss, die psychisch angeschlagene Mutter und ihre Kinder abzuschleppen, hat Pfarrer Friedl schockiert. Tatsächlich

hatte er, so Friedl, mit mehr Menschlichkeit gerechnet und prompt von Maria Fekter gefordert, ihre ministeriellen Möglichkeiten zur Durchsetzung des humanitären Bleiberechts zu nutzen.

Ob Wirtschaftsflucht legitim ist, war für den Kirchenmann nicht entscheidend. Wie jeder Mensch hätten auch die Zogajs eine Sehnsucht nach einem besseren Leben. Dass die „rehäugige“ Arigona (© Fekter) das passende „Bambi“ der Medien war, schutzlos und verzweifelt, konstatiert Friedl retrospektiv etwas bitter – für die fünf Asylwerber aus der Mongolei, die der Priester im Pfarrhof aufgenommen hat, spricht kaum jemand. Tatsächlich ist die große Leistung des katholischen Sozialarbeiters, dass er über die Dorfgrenzen hinaus einem Land aufgezeigt hat, wie menschenverachtend politische Praxis aussehen kann.

Friedl, selbst Sohn armer Kleinbauern, die mit ihrem schmalen Einkommen den Besuch des Priesterseminars in Linz finanzierten, weiß, was Not und Armut bedeutet. In Ungenach, wo es auch einen Thomas-Bernhard-Platz gibt, ist Friedl nicht unumstritten, aber er wird respektiert. Besser: Er weiß sich, auch mal mit einer Drohung, den Segensspruch zu verweigern, Respekt zu verschaffen. Für sein Bekenntnis, eine langjährige Beziehung mit einer Witwe zu haben, die vor 25 Jahren sein Haus zur Seelsorge aufsuchte, hat er mit dem Verlust des Amtes als Dechant bezahlt. FPÖ-Chef Strache zeigte ihn wegen seines Engagements für das oberösterreichische Flüchtlingskind wegen „Schlepperei“ an. Arigona, eben vom Wochenmagazin „profil“ zum „Mensch des Jahres“ erkoren, hat, das sei gesagt, bei einem ebensolchen Schutz erhalten.

A middle-aged man with grey hair, wearing a grey suit, a light blue shirt, and a red and white striped tie, stands with his arms crossed leaning against a silver BMW car. He is wearing a watch on his left wrist and black loafers. The car is parked on a cobblestone surface. In the background, there are trees with yellow autumn leaves and a white structure. The overall scene is outdoors during the day.

**Wie lange können wir  
uns Reiche noch  
leisten?**

# SOS MITMENSCH

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

## WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

### ...Elias Bierdel?

Am 15. Jänner verlieh SOS Mitmensch Elias Bierdel den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. In der Begründung hieß es, dieser habe „mit seinem Kampf gegen das Sterben im Mittelmeer den Finger in eine klaffende Wunde des Kontinents gelegt und uns deutlich gemacht, dass Europas Vision von Freiheit und Menschenrechten an den Grenzen zu Grabe getragen wird.“ Bierdel habe unerbittlich auf die Einhaltung menschenrechtlicher Standards bestanden und auch nicht klein beigeben, als plötzlich das Ansehen seiner eigenen Person sowie seine wirtschaftliche Existenz auf dem Spiel standen.

Am 7. Oktober 2009 wurde der gebürtige Berliner Bierdel in Sizilien vom Vorwurf der Schlepperei freigesprochen. Er war angeklagt worden, im Jahr 2004 im Mittelmeer 37 Flüchtlinge in Seenot gerettet zu haben.

Dass sein Freispruch mit einer europaweiten Solidaritätswelle in Zusammenhang steht, zeigt sich am Umstand, dass im November zwei tunesische Fischer wegen ähnlicher Vorwürfe zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurden. Insofern steht zu befürchten, dass die zuständige Staatsanwaltschaft gegen das Urteil berufen wird. Die



SOS Mitmensch verleiht Elias Bierdel den Ute Bock-Preis für Zivilcourage © Philipp Sonderegger

Berufungsfrist endet – je nach schriftlicher Ausfertigung des Urteils – möglicherweise erst im April.

## WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

### ...der Krise?

Völliges Versagen warfen fünf NGOs der Bundesregierung in einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Krisenbekämpfung Anfang November vor. Die Armutskonferenz, Attac, Global 2000, die Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung sowie SOS Mitmensch kritisierten, dass die Politik zu eindimensional auf die Krise reagiere. Die Organisationen fordern ein drittes Konjunkturpaket, um einen ökologischen, so-

zialen und demokratischen Systemwechsel einzuleiten. Noch schlage sich der Aufschwung nicht in sinkenden Arbeitslosenzahlen nieder. Eine Sanierung der Krise auf Kosten des unteren Einkommenssegments droht. Demgegenüber fordern die Initiativen einen maßgeblichen Beitrag der VerursacherInnen der Krise: „Der Finanzbereich konnte dermaßen aus dem Ruder laufen, weil die Allgemeinheit die Kontrolle über

eine kleine Minderheit, die zockt, verloren hat. Und wir müssen uns diese demokratische Kontrolle zurückholen.“ Die NGOs fordern, dass über Vermögenssteuern Investitionen getätigt werden, die sowohl konjunkturwirksam als auch nachhaltig sind. Thermische Sanierung, eine Bildungsmilliarde und der Ausbau des Pflegesektors werden als Beispiele genannt.

<http://oe1.orf.at/inforadio/115565.html>

## UMWELT SOZIAL BESSER

**Nicht oft werden Anliegen von Umwelt- und Sozialorganisationen gemeinsam gedacht. Mit einer „Wendebroschüre“ und einer Konferenz im November stellten sich die Mitgliedsorganisationen von Armutskonferenz und Ökobüro dieser Aufgabe. Die Broschüre ist auf der Website von SOS Mitmensch erhältlich. [www.sosmitmensch.at/stories/2478](http://www.sosmitmensch.at/stories/2478)**

## Smash the borders im Planetarium

400 FreundInnen von SOS Mitmensch tanzten am 11. Dezember bis in die frühen Morgenstunden. Die Menschenrechtsorganisation hatte geladen, um unter massiver Zuhilfenahme von Wiener Clubgrößen das Planetarium in Schwingung zu versetzen und die Festung Europa zum Einsturz zu bringen. Der Abend brachte auch rund 1000 Euro an Spenden.

## Meet and Greet für Kolportage- Projekt

**Bei einem Meet-and-Greet im Wiener Ragnarhof präsentierte SOS Mitmensch das neue Kolportageprojekt. Interessierte hatten die Gelegenheit, die Mitwirkenden des Projekts kennen zu lernen. Bei afrikanischen Leckereien und Musik von DJ Cram wurde bis in die Morgenstunden gefeiert. Mehr unter [www.kolportage.sosmitmensch.at](http://www.kolportage.sosmitmensch.at)**



## ANDERE ÜBER ...

# NGOs und Politik – Partner oder Gegner?

NGOs sind unverzichtbar, meint Wiens Stadträtin für Integration. In Wien hält sie die Beziehungen für gut, aber ausbaufähig.

NGOs sind aus meiner Sicht unverzichtbare PartnerInnen der Politik. Der gesamte Themenbereich der Integration ist dafür ein zentrales Beispiel. Eine vernünftige und effiziente Integrationspolitik, die auch bei den Menschen ankommt, braucht konstruktiv kritische Auseinandersetzung. NGOs haben ja gerade auf der Ebene der praktischen Integrationsarbeit, der Arbeit mit den Menschen und für die Menschen eine hohe Expertise. Keine Politik, die sich ernsthaft mit Integration als Herstellung von Chancengleichheit beschäftigt, kann es sich daher leisten, auf NGOs als PartnerInnen zu verzichten. Wien sieht Vielfalt jedenfalls als Chance, als Potenzial für eine sichere und sozial gerechte Zukunft. Deswegen ist für Wien die Zusammenarbeit mit den NGOs eine *conditio sine qua non*.

Ich bedaure es in diesem Zusammenhang daher sehr, dass auf Bundesebene, auf Seiten des Innenministeriums die Uhren anders gehen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den NGOs und vor allem mit ihrer Expertise findet nicht statt. Ihre Kritik an der Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik wird permanent vom Tisch gewischt, bestenfalls als lästig empfunden. Übrigens gilt das auch für die Kritik der Länder und Gemeinden am „Law & Order“ Kurs der aktuellen Innenministerin. Wie ich generell der Meinung bin, dass die Zuwanderungs- und Integrationsagenden im Innenministerium nicht gut aufgehoben sind. Diese permanente Vermengung von Zuwanderung und Kriminalität unterstützt in Wahrheit nur die Verhetzungspolitik der FPÖ.

Zukunftsorientierte Migrations- und Integrationspolitik hingegen setzt den Diskurs nicht nur mit der Wissenschaft, sondern eben insbesondere auch mit NGOs voraus. Ich möchte in diesem Kontext daher nochmals unterstreichen, dass das auch die Linie der Wiener Integrationspolitik ist. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf das Wiener Integrationskonzept eingehen. Das Fundament dieses Konzeptes lautet: Zuwanderung muss klar und transparent gere-

gelt und unabdingbar an Integrationsmaßnahmen gekoppelt werden. Dafür hat Wien im übrigen die Zuwanderungskommission ins Leben gerufen, der nicht nur namhafte MigrationswissenschaftlerInnen, sondern auch VertreterInnen der NGOs angehören. Es hat weiters vier Eckpfeiler: „Sprache“, „Bildung & Arbeit“, „Zusammenleben“ und „Messbarkeit“. Das Dach bildet ein breites Bündnis für Integration und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Vor allem im Hinblick auf dieses breite Bündnis aber auch für ein friedliches Zusammenleben ist es entscheidend, dass alle relevanten AkteurInnen an einem Strang ziehen! Uns geht es als Stadt dabei ganz stark darum, die Wienerinnen und Wiener miteinander in den Dialog zu bringen. Und da haben gerade die NGOs eine wichtige Brückenfunktion.

Wir brauchen in dieser Stadt, in diesem Land jedenfalls ein integrationsfreundliches Klima, ein Klima, in dem Angst keine Chance hat. In einem breiten, starken Bündnis Haltung für Zivilcourage und Solidarität zu zeigen, ist in Wahrheit auch die einzig wirksame Strategie gegen rechts. Für mich gibt es daher keine Alternative zu einer intensiven Zusammenarbeit von Politik und NGOs. Nur gemeinsam wird es gelingen, auch breite Teile der Bevölkerung für diesen Weg zu gewinnen.

In Wien ist diese Kooperation zweifellos eine gute, sie ist aus meiner Sicht aber noch ausbaufähig. Hier müssen wir, damit meine ich Stadtpolitik und NGOs, vielleicht noch die eine oder andere Berührungsangst abbauen, den einen oder anderen Schritt noch näher aufeinander zugehen. Ich bin davon überzeugt, dass wir das schaffen, wenn beide Seiten Kritikfähigkeit haben, die Politik ebenso wie die NGOs. Aus meiner Sicht und aus Sicht jener Bewegung, zu der ich gehöre, zu der ich mich bekenne, stehen wir jedenfalls in einem Punkt auf der selben Seite: Im Eintreten für eine sozial gerechte, solidarische und zivilcouragierete Gesellschaft und gegen Menschenhetze, Hass sowie das ewig Gestrige!



Illustration:  
Petja Dimitrova

## ZUR PERSON

### Sandra Frauenberger

**Sandra Frauenberger ist seit 2007 SPÖ-Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal in Wien. Sie ist seit 2001 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates. Als Vorstandsvorsitzende des Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds (WAFF) beschäftigte sie sich verstärkt mit Frauenpolitik.**



**ORF**

Ö1 IM NETZ



OE1.ORF.AT

RADIO  
ÖSTERREICH 1



■ **Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.**

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

Name

Adresse

PLZ | Stadt

**E-Mail** [abo@momagazin.at](mailto:abo@momagazin.at)

**Post** SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien



**MO – Im entscheidenden Augenblick das richtige tun!  
Menschenrechte gehen uns alle an.**

COMBI-ABO

Wenn Sie MO AbonnentIn sind können Sie THE VIENNA REVIEW zum Preis von 15 Euro / Jahr abonnieren.

Ein Combi-Abo beider Medien kostet 22 Euro / Jahr.